

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 Pf.,
3 Monate 6,75 Pf., halbjährlich 12,00 Pf.,
jährlich 23,00 Pf. (einschließlich 60 Pf.
Postgebühren und 75 Pf. Abhebelgebühren,
Kontostromabrechnung 2,00 Pf.,
pro Monat; für Länder mit ermäßigtem
Postzuschuss 4,50 Pf.)

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags
zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Ausland mit dem Titel „Der
Abend“. Illustrierte Sonntagsbeilage
„Welt und Zeit“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dienstag
15 März 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die Einheits-Blattmeterpreise 50 Pf.,
Reklamemeter 2,- Pf. „Kleine An-
zeigen“ das jetzige Maß 20 Pf.,
einmalig zweiwöchentlich 30 Pf.,
wöchentlich 10 Pf., Monat 1,- Pf.,
3 Monate 3,- Pf., halbjährlich 6,- Pf.,
jährlich 12,- Pf. (einschließlich 10 Pf.
Postgebühren). Familienanzeigen 10 Pf.,
Kaufverträge 15 Pf., Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Einzahlung 2,-
wöchentlich von 8,- bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der Ab-
rechnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr. Dönhofs 1 A 7 293-297 Telegramm-Adr. Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Volkschekkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, D. S. u. D. B. - Ges. - Depositenk., Jerusalemstr. 65-63.

Preußenwahl: 24. April.

Beschluß des Ständigen Ausschusses des Landtages.

Der Ständige Ausschuss des Preussischen Landtags beschloß am Montag in Uebereinstimmung mit der Regierung, den Termin für die Preußenwahlen auf den 24. April festzusetzen. Im Verlauf der Aussprache erklärte Innenminister Severing, daß ein späterer Termin für die Regierung im Interesse der Wirtschaft und wegen der übermäßigen Inanspruchnahme der Polizei nicht in Frage komme.

Der Ständige Ausschuss des Preussischen Landtags beschäftigte sich am Montagabend mit der Feststellung des Wahltermins für die Wahlen im Landtag. Die Regierung hatte in einem Berordnungsentwurf den 17. April vorgeschlagen.

Minister Severing wies darauf hin, daß der frühe Wahltermin den Parteien entgegenkomme, die vor einem Jahre die Auflösung des Landtags betrieben hätten. Alle Gerüchte, daß die Regierung Neuwahlen verhindern wolle, seien unwahr. Die Regierung sei der Meinung, daß es nicht zweckmäßig sei, die Preußenwahlen mit dem zweiten Termin für die Reichspräsidentenwahl zusammenzulegen. Wenn man den 17. April nicht wolle, sei die Regierung auch mit dem 24. April, dann aber als spätestem Termin, einverstanden. Eine weitere Hinausschiebung sei sowohl im Interesse der Wirtschaft als auch wegen der übermäßigen Inanspruchnahme der Polizei nicht möglich, wenn ein ordnungsmäßiger Verlauf der Wahlvorbereitungen gewährleistet sein sollte.

Abg. Schwan! (Komm.) erklärte sich mit einer Vorberlegung des Wahltermins einverstanden. Abg. Dr. v. Winterfeldt (Dnat.) trat für den 10. April als Wahltermin ein.

Abg. Stendel (D. Sp.) erklärte, daß man es seiner Partei nicht zumuten könne, bis zum 10. April an der Seite der jetzigen Regierungsparteien für Hindenburg zu kämpfen und dann nur noch 8 bis 14 Tage für die Vorbereitung der Preußenwahl zur Verfügung zu haben. Es ergebe sich auch die Frage, wie sich der Landtag die Verabschiedung des Haushalts für 1932 denke. Die vom Minister angeführten Gründe könne er nicht als stichhaltig anerkennen. Er halte den 8. Mai für zweckmäßiger. Abg. Baeder-Berlin (Landvolk) trat ebenfalls für den 8. Mai ein, besonders im Interesse der ländlichen Bevölkerung für die Frühjahrseinstellung. Die Karren der Wähler seien auch überspannt.

Abg. Fall! (Staatsp.) begründete einen Antrag der Regierungsparteien, die Wahlen auf den 24. April festzusetzen. Minister Severing ging noch einmal auf die schwierige Lage der Polizei ein, die sich aus dem gerade jetzt herrschenden Wahlfieber ergebe. Die Bedenken des Abg. Stendel (D. Sp.) teile er nicht. Im übrigen sei im Wahlkampf die Preußenpolitik von der Reichspolitik umschattet. Ein kurzer Wahlkampf sei deshalb am zweckmäßigsten. Er bittet daher, den 24. April als Wahltag zu bestimmen.

In der Abstimmung wurde mit den Stimmen der Regierungsparteien der 24. April als Wahltag festgelegt.

Wahlquotient für die preussischen Wahlen 50 000.

Einsprechend einem Beschlusse des preussischen Staatsministeriums wird für die preussischen Wahlen der Wahlquotient auf 50 000 festgesetzt werden. Es ist eine Verordnung der preussischen Regierung zu erwarten, die die preussische Sparverordnung abändert, wonach bekanntlich aus 60 000 Stimmen (früher 40 000) ein Abgeordneter für den Preussischen Landtag entsfällt.

An das Reichsbanner!

Kameraden!

Zu ersten Wahlgang um die Präsidentschaft der deutschen Republik ist Hitler geschlagen. Wenig hat gefehlt und Hindenburg war schon im ersten Wahlgang gewählt.

Eure unermüdete Pflichterfüllung, euer Kampfesmut, eure politische Klugheit haben allen Gegnern der Demokratie eine schwere Niederlage bereitet. Der Nationalsozialismus hat seine Marne Schlacht verloren: Hitler wird nie Reichspräsident!

Für diese Tat wird euch, Reichsbannerkameraden, die Geschichte Dank wissen.

In treuer Kameradschaft gedenken wir der Opfer, die dieser schwere Kampf von uns gefordert hat.

Der Gegner hat einen schweren Schlag erlitten, aber er ist noch nicht endgültig niedergedrungen. Gebt ihm jetzt keine Ruhepause!

Die erste Schlacht ist vorüber. Wir marschieren zur zweiten Schlacht!

Unsere Parole: Vorwärts zum Sieg!

Die Bundesleitung.

Politischer Osterfrieden.

Vor einer Verordnung der Reichsregierung.

Die Reichsregierung wird für die Karwoche und die Ostersfeste ähnlich wie zu Weihnachten einen Burgfrieden anordnen. Eine entsprechende Verordnung ist noch im Laufe dieser Woche zu erwarten.

Wahlbeteiligung von 87 Proz.

Hindenburg fehlen 0,4 Prozent.

Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis beträgt die Gesamtziffer der abgegebenen gültigen Stimmen 37 660 394. Dies Ergebnis bedeutet eine Wahlbeteiligung von ungefähr 87 Proz. Hier von erhielten Duesterberg 6,8 Proz., Hindenburg 49,6 Proz., Hitler 30 Proz., Thälmann 13,3 Proz., Winter 0,3 Proz.

Hitler hat in Bayern abgewirtschaftet.

Keine Aussichten für das Dritte Reich.

München, 14. März (Eigenbericht).

Im Lande Bayern erlitt der Faschismus am 13. März seine größte Enttäuschung. Selbst die rein protestantischen Gegenden Nordbayerns und der Pfalz, auf die Hitler die größte Hoffnung gesetzt hatte, ließen ihn im Stich, so daß in allen vier bayerischen Kreisen die Partei für die Demokratie eine absolute Mehrheit erhielt.

Trotz der um 12,3 Proz. gestiegenen Wahlbeteiligung auf die bei keiner Wahl dagewesene Ziffer von 90 Proz. vermochte das Hakenkreuz seinen Anteil an den Wählerstimmen nur um 10,2 Proz. zu steigern. Der Faschismus mußte damit noch nicht einmal 30 Proz. der Wählerschaft, obwohl er in Nordbayern sitzende Verbände in großen Scharen aus dem deutschen Nationallager zu Hitler hinübergewechselt ist. Bei den bevorstehenden Landtagswahlen wird der Landbund wieder selbstständig auftreten, so daß schon aus diesem Grunde damit zu rechnen ist, daß die Nazis im neuen Landesparlament kaum mehr als 25 Proz. der Mandate besitzen werden. Der andere Flügel der Harzburger Front, der um Hugenberg, hat durch die Stimmenflucht des Landbundes mehr als die Hälfte der Stimmen verloren und ist auf eine Stimmenzahl herabgesunken, die den Deutschnationalen wenig Aussicht mehr läßt, im neuen Landtag überhaupt vertreten zu sein. Der bei den Kommunisten erwartete Auftrieb hat sich in sehr engen Grenzen gehalten. Mit 86 000 Stimmen plus ist ihr Anteil an der bayerischen Wählerschaft von 5,9 auf 7,3 Proz. gestiegen, so daß der in Bayern besonders gepflegte Kreuzzug gegen den Bolschewismus künftig wohl den Charakter eines Rinderschrecks bekommen wird.

Harzburg und Moskau zusammen verfügen nach der Wahl des 13. März gerade über 40 Proz. der Wählerstimmen, so daß die bayerische Bevölkerung für die nächste Zeit der Sorge entzogen ist, von den Diktaturpropheten rechts oder links vergewaltigt zu werden.

Polizei hat Ruh'.

Alarmbereitschaft aufgehoben.

Die von dem Preussischen Minister des Innern am Sonnabendmittag für die preussische Polizei angeordnete erhöhte Alarmbereitschaft ist am Montagmittag um 2 Uhr aufgehoben worden. Die preussische Polizei hat am Wahltag wieder einmal in vorbildlicher Weise ihre Pflicht getan.

Der erste Schlag.

Nun aber weiter, Eiserner Front!

Von Paul Löbe.

Die Eiserner Front hat ihre erste politische Prüfung glänzend bestanden. Sie hat das ihre dazu beigetragen, den Rittern vom Hakenkreuz den sicheren Siegestag gründlich zu verfalzen.

Wäre es möglich, die fast 19 Millionen Stimmen, die am 13. März für den Namen Hindenburg abgegeben worden sind, nach Parteigängern auseinanderzuziehen, dann würden die durchsichtigen Zahlen zwei starke Eindrücke wecken. Der erste: Hut ab vor der musterghütigen Disziplin der sozialdemokratischen Wählermassen in dieser schwierigen Situation! Der zweite: Allen Respekt vor dem Korpsgeist, mit dem das Zentrum auch diesmal wieder seine Leute zusammenhielt und, wie einst zu März, jetzt zu Hindenburg führte; das zweite ist klar ersichtlich aus den Wahlziffern Bayerns und des katholischen Westens, die Disziplin der Sozialdemokraten aber läßt sich studieren am Vergleich der Ziffern ihrer großen Hauptstütze: Berlin, Hamburg, Magdeburg, Hannover, Braunschweig, Bielefeld usw. mit den früheren Wahlen in diesen Städten und wird bestätigt in zahlreichen Dörfern und kleinen Orten, wo die Uebersicht über die Parteistärke leichter ist. Die Sozialdemokratie, geschult in den politischen Notwendigkeiten zur Zeit schwerster Krisen, hat ihren Mann gestanden, auch in dieser ungemein komplizierten Situation.

Arg verrecknet haben sich dagegen die Herolde des deutschen Kommunismus. Seit der Wahl von 1930 lesen wir in jeder „Roten Fahne“ von den massenhaften Aus- und Uebertritten von Sozialdemokraten in Betrieben, Städten und Dörfern, täglich wiederholten sich die Zahlenkolonnen über Werbeerfolge für die kommunistische Partei und ihre Zeitungen, besonders in Berlin. Das Resultat ist: 54 000 verlorene Stimmen in der Hauptstadt! Auf Millionen wurde die Zahl der Ueberläufer ins Reich zu Thälmann wegen der unpopulären Kandidatur Hindenburg geschätzt. Es sind jetzt ganze 400 000, eingeschlossen die neuen Wähler, die Zunahme der Wahlberechtigten und der Wahlbeteiligung, eingeschlossen die Zunahmen der Erwerbslosen und der — SWP! Man bedenke, daß die Erwerbslosen mit ihren Familien allein zehn Millionen Wähler umfassen, um deren Standfestigkeit abzuschätzen. Statt sieben bis acht Millionen Stimmen nur fünf, die Enttäuschung dürfte nicht klein sein, vielleicht kommt mit ihr auch die Erkenntnis, daß die skrupellose Agitation gegen die „Sozialfaschisten“ schon an der Grenze ihrer Wirksamkeit angelangt ist.

Herr Hugenberg hat mit dem Stahlhelm zusammen so gut wie nichts über das hinaus erreichen können, was er bei den letzten Wahlen als Trümmer einer einst so großen Partei besah, Gewinne und Verluste gleichen sich so ziemlich aus. Seine Presse muß sich wieder mit den Zahlen-erfolgen des jungen, aber rabiaten Bruders schmücken, obwohl sie von diesem während des Wahlkampfes gründlich angepisien wurde.

Die anspruchsvollen überheblichen Propheten des Dritten Reiches haben eine kräftige Niederlage erlitten, wenn man ihre großsprecherischen Ankündigungen mit der Tatsache vergleicht, daß der schon ausgerufenen „Reichspräsident Hitler“ mit sieben-einhalb Millionen Stimmen hinter Hindenburg zurückließ, während er nicht nur Hindenburg, sondern alle anderen Kandidaten im flotten Spurt überholen sollte. Gemessen an der Aufschneideri ist der Reinfall der Hakenkreuzler grandios. Sieht man sich die sonst ganz ansehnlichen Wählerziffern an, so ist zu erkennen, daß sich unter dem Hakenkreuz jetzt alles gesammelt hat, was außer Hugenberg an reaktionären und kapitalistischen Tendenzen im Osten und Norden Deutschlands, den schon immer rückständigen Bezirken, noch vorhanden ist — verstärkt durch die politisch unreifen Elemente der früheren Nichtwähler und der frisch dazugekommenen Neuwähler.

Das ist der Block, gegen den die Kämpfe der nächsten Wochen und Monate geführt werden müssen. Nicht nur im Hinblick auf die Preußenwahlen, sondern weit darüber hinaus.

Am Tag nach dem erfolgreichen 13. März steht die Deutsche Republik vor drei wichtigen unumgänglichen Aufgaben. Wir wissen, die nationalsozialistischen Wahlziffern sind der Widerschein der herrschenden Wirtschaftskrise, eine endgültige Zerstückelung und Zersplitterung dieses Blocks ist nur möglich durch Besserung der wirtschaftlichen Lage. Auf den 13. März folgt der 23. März mit dem Arbeitsbeschäftigungskongress der Ge-

merkhaft. Er weist auf das Notwendige hin, was nun zu tun ist und wobei es kein Erlahmen geben darf. Die zur Konsolidierung schreitende politische Lage muß sofort genutzt werden zum Anstoß der wirtschaftlichen Besserung. Ueber die Einzelheiten kann hier nicht gesprochen werden, Pläne dafür sind genug da: die Bau- und Wirtschaftsankträge der sozialdemokratischen Fraktion, umfassende Siedlungs- und Verkehrsprojekte, die internationalen Pläne, die Albert Thomas in diesen Tagen mit Reichkanzler Brüning verhandelt, die gewerkschaftlichen Vorschläge, Ruffenlieferungen usw. Die politische Schlacht kann nicht endgültig gewonnen werden ohne planmäßige Hilfe für den Arbeitsmarkt. Darüber sollen sich alle Verantwortlichen innerhalb und außerhalb der Regierung im klaren sein.

Der zweite Akt ist das Vorgehen gegen eine Bewegung, die immer wieder aus der beschworenen Legalität heraustritt, die polizeiliche Waffenlager in Berlin ausfindig macht, die Bombenfabrikation in der Pfalz betreibt, die eine eigene Armee in Kasernen unterhält, die ungezählte Bluttaten herbeigeführt hat. Es muß Schluß gemacht werden mit der demokratischen Tolerierung von Tendenzen, die offen erklären, daß sie mit Gasen und Guillotine gegen diese Demokratie vorgegangen wären, wenn sie nur einen Zipfel der Macht erwischt hätten. Noch eine kurze Spanne Zeit, die wir den Herren wohl noch lassen müssen, um ihre Schulden zu bezahlen (dabei dürfen wir sie nicht gerade stören!) — aber dann, Herr Minister des Innern, darf es ein zweites Heer in Deutschland, das sich immer wieder Waffen zu beschaffen weiß, nicht mehr geben! Auch keine Gleichstellung dieser Gegner des Staates mit Organisationen, die sich soeben für den Staat in muster-gültiger Weise eingesetzt haben.

Wird die dringendste wirtschaftliche Vorbereitung und die unabsehbare politische Aufräumungsarbeit mit kräftigen Händen begonnen, dann ist die Vorbedingung für eine gründlichere Fortführung des so glänzend begonnenen Kampfes der Eisernen Front gegeben. Dann wird die Kurve der politischen Verzweiflungsstrategen und Abenteuerer, die in Hamburg, Hessen und Bayern schon wieder nach unten geht, auch im übrigen Reiche herabgedrückt. Die weitere politische Befundung wird möglich sein.

Die Eisernen Front hat den kräftigen Faustschlag am 13. März mit geführt — es soll aber nur der erste sein. Mit frischem Elan geht jetzt das Ringen weiter und Deutschland wird aus den Fieberträumen erwachen, in die es krampflöse Agitatoren geschleudert haben. Der erste Hieb der Eisernen Front hat einige schon munter gemacht. Frisch auf zum zweiten Schlag!

Bereitungen für den Hitler-Sieg.

Auch ein Beitrag zur Hitler-Legalität.

Braunschweig, 14. März (Eigenbericht).

In der Sonntagsnacht gab in Köhnelutter ein auswärtiger SA-Mann acht scharfe Schüsse auf einige Kommunisten ab, mit denen Nazis in Streit geraten waren. Ein Arbeiter, der einen Schuh ins Gesicht erhielt, wurde schwer verletzt. Einem anderen Arbeiter drang die Kugel in den Fuß. Daraufhin schlugen die Kommunisten einen örtlichen Nazisführer mit Zäusaffen nieder. Der Revolver-schädel ist flüchtig. Die Polizei beschlagnahmte bei beiden Nazis mehrere Schusswaffen und Munition.

Bewaffnete SA-Leute feststellt.

Halle, 14. März (Eigenbericht).

Eine am Wahltage im Bezirk des Polizeipräsidenten Weisenfels vorgenommene Durchsicherung nationalsozialistischer SA-Heime förderte in Weisenfels und Jatz Hieb- und Stichwaffen und große Mengen verdorbener Druckschriften. In Krauschwitz wurden bei einer Durchsicherung umher-patrouillierender, mit Knäsfäden, Tornistern und Decken ausgerüsteter nationalsozialistischer Hausen zwei Selbstladepistolen und eine Stahlrupe gefunden. In Kölsda wurden gefunden 4 Selbstladepistolen, 7 Gummihüpfel, verschiedene Stahlrupe und als Schlagwerkzeuge hergerichtete Fahrradpumpen sowie ein feststehendes Messer. In Schleinitz fand man eine Selbstladepistole und eine Stahlrupe. Sämtliche Nationalsozialisten wurden dem Schnellrichter vorgeführt.

Waffen und Funkgeräte beschlagnahmt.

Pinneberg, 14. März.

Im Kreise Pinneberg sind am Wahlsontag eine Reihe von Nationalsozialisten verhaftet und Waffen und Funkgerät beschlagnahmt worden, da, wie die Polizei mitteilt, angenommen werden mußte, daß die dort in Massenquartieren untergebrachten SA- und SS-Leute militärisch organisierte Maßnahmen zum mindesten vorbereiteten.

Gingestampfte Siegesproklamation.

Die nationalsozialistische Parteileitung hatte bestimmt an den Sieg Hitlers nicht etwa erst im zweiten, sondern im ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl gehofft und diese Hoffnung ihren Gauleitern in der bestimmtesten Form mitgeteilt. Die Folge war, daß von vielen Gauleuten bereits am Sonntagabend große Siegesplakate in Druck gegeben wurden. Die in Weimar bestellten Plakate trugen beispielsweise die fetze Überschrift: „Unser Sieg!“. Da aus dem Sieg eine Niederlage wurde, sind die Plakate inzwischen eingestampft worden.

In Sachen Hildburghausen.

Hitler wird vernommen.

Weimar, 14. März (Eigenbericht).

Am 15. März werden die Nationalsozialisten Hitler und Fried vor dem Polizei-Untersuchungsausschuß des Thüringischen Landtags vernommen werden. Hitler und Fried haben ihr Erscheinen bereits zugesagt. Auch der frühere Verbündete Hitlers, Stannes, wird vernommen werden. Dagegen ist die Vorladung an den Korvettenkapitän a. D. Ehrhart als „unbestellbar“ zurückgegangen. Seine Adresse ist weder in Berlin noch in München zu ermitteln.

Das thüringische Staatsministerium hat Herrn Fried inzwischen die Genehmigung zur Zeugnisaussage erteilt.

Enttäuschung der Kommunisten.

Verfehlte Spekulation auf das Elend.

In der Hugenberg-Zeitschrift „Das freie Deutschland“ war vor der Präsidentenwahl zu lesen:

„An und für sich muß die Stimmung im deutschen Volk seit den Hessenwahlen noch bedeutend günstiger für die Parteien der nationalen Opposition geworden sein. Das Elend hat sich seitdem noch mehr verschärft. Im September 1930 hatten wir rund 3 Millionen Arbeitslose, im November 1931 waren es bereits über 5 Millionen und jetzt dürften es tatsächlich rund 7 Millionen sein. Diese drei Ziffern dürften zur Beleuchtung der heutigen Lage genügen. Sie gestatten aber auch die Annahme, daß sich die Hindenburg-Parteien bei dem Gottesurteil der Präsidentenwahl noch beträchtlich schlechter stellen werden als sie es bei einer solchen etwa im November 1931 getan hätten.“

Die Hoffnungen der Faschisten gründeten sich also auf das Elend, und ein sehr wesentlicher Punkt in ihrer Spekulation war dabei, daß den Kommunisten unter dem Einfluß der Rat ein wesentlicher Einbruch in die sozialdemokratische Wählerschaft geschehen werde. Die Kandidatur Thälmann hatte ihren Wert für Hitler und Kompagnie. Dieser Einbruch ist im Reiche nicht gelungen. Die schwache Zunahme der kommunistischen Stimmen im Reiche um rund 400 000 entspricht lediglich der Zunahme der Wahlbeteiligung. Die Sozialdemokratische Partei steht unerwährt da!

Es hat sich vielmehr gezeigt, daß in großen Industriestädten die Kommunisten erhebliche Einbußen erlitten haben, so vor allem in Berlin und Hamburg.

54 000 Stimmen in Berlin verloren!

In den zwanzig Wahlkreisen von Groß-Berlin sind die kommunistischen Stimmen seit der Reichstagswahl vom 14. September 1930 um 54 269 Stimmen zurückgegangen, während sich die Stimmen der hinter der Hindenburg-Kandidatur stehenden Parteien um 110 000 vermehrt haben. Im September 1930 erhielten die Kommunisten in Groß-Berlin 739 235 Stimmen, diesmal brachten sie nur 684 966 Stimmen für Thälmann auf!

In den 20 Kreisen gestaltete sich der kommunistische Verlust wie folgt:

1. Mitte	47 574 (52 872)	11. Schöneberg	19 037 (21 097)
2. Tiergarten	35 626 (39 917)	12. Strogally	13 182 (14 165)
3. Wedding	90 215 (99 223)	13. Tempelhof	11 170 (9 915)
4. Prenzl. Berg	61 938 (67 098)	14. Neukölln	67 112 (70 344)
5. Friedrichshain	72 532 (80 178)	15. Treptow	21 209 (21 791)
6. Kreuzberg	64 140 (70 400)	16. Köpenick	13 885 (15 211)
7. Charlottenbg.	34 385 (39 042)	17. Lichtenberg	43 430 (45 560)
8. Spandau	16 178 (18 432)	18. Werkenlee	14 083 (14 185)
9. Wilmersdorf	10 106 (11 071)	19. Bantow	18 470 (18 144)
10. Zehlendorf	2 831 (2 595)	20. Reinickendorf	27 638 (28 105)

(Fette Ziffern Thälmann-Stimmen vom 13. März. Daneben die in () stehenden Ziffern kommunistische Stimmen bei der Reichstagswahl von 1930.)

Es ist den Kommunisten nicht gelungen, in die sozialdemokratische Wählerschaft einzubrechen, nicht einmal sie anzunähern. Der Wahlausgang berechtigt uns vielmehr zu der Hoffnung, daß die Einsicht wächst, daß mit kommunistischem Geschrei und kommunistischer Hilfsleistung für den Faschismus weder dem Elend gesteuert noch die politische Stellung der Arbeiterklasse gegenüber dem Faschismus verbessert werden kann.

Das ist ein durchaus erfreuliches Zeichen, daß die infam verlogene Propaganda der Kommunisten gegen die Sozial-

demokratie fehlgeschlagen ist, und daß die Moskauer Parole: „Hauptfeind ist und bleibt die Sozialdemokratie“ den Berliner Kommunisten zu dieser Lektion verholten hat!

Die unermüdete sozialdemokratische Organisationsarbeit in Berlin hat die Stellung der Sozialdemokratie so gesichert, daß sie unerwährt ist. Im Verein mit der großen propagandistischen Wirkung der Aktion der Eisernen Front drängt sie den aus dem Elend geborenen unfruchtbaren und schädlichen Scheinradikalismus der Kommunisten zurück. Trotz aller Not begriffen es die Arbeiter, daß die Sozialdemokratie der Schutzwall gegen den Faschismus und die Hoffnung der Arbeiterklasse ist!

In Hamburg 45 000 Stimmen verloren.

Hamburg, 14. März (Eigenbericht).

Das Hamburger Wahlergebnis verdient besondere Beachtung, da sich hier Verschleubungen von erheblicher politischer Bedeutung eingestellt haben, und zwar sowohl gegenüber der Bürgerschaftswahl vom 27. September 1931 als auch gegenüber den letzten Reichstagswahlen. Besonders auffällig ist der schwere Rückschlag, den die Kommunisten erlitten haben; auffällig auch darum, weil dieser Rückschlag in der Heimatstadt Thälmanns eingetreten ist. Die Kommunisten haben gegenüber der Bürgerschaftswahl vom September 1931 über 45 000 Stimmen verloren. Das sind über 25 Proz. ihrer Stimmen. Selbst gegenüber der letzten Reichstagswahl haben die Kommunisten fast 12 000 Stimmen verloren. Auch das Ergebnis für Hitler ist sehr aufschlußreich. Während die Nazis im September 1931 202 508 Stimmen erzielten, erreichte Hitler jetzt 200 420 Stimmen, trotz einer um 5 Proz. höheren Wahlbeteiligung. Der gleiche Stimmenanteil der Nazis würde bedeuten, daß sie rund 13 000 Stimmen mehr hätten erzielen müssen als im September 1931.

Schließlich ist auch das Ergebnis für Hindenburg bedeutsam. Während die Parteien, die ihre Stimmen für Hindenburg abgegeben haben, im September 1930 434 000, im September 1931 nur 351 000 Stimmen erzielten, vereinigte Hindenburg jetzt 448 000 Stimmen auf sich.

Der Rückgang in Hessen.

Bei der Landtagswahl vom 15. November 1931 in Hessen erzielten die Kommunisten 108 500 Stimmen, bei der Präsidentenwahl 105 000 Stimmen. Da die Wahlbeteiligung eher gestiegen ist, ist der kommunistische Verlust höher. Bei der Landtagswahl erzielten die Kommunisten noch 15,5 Proz. aller Stimmen, bei der Präsidentenwahl nur noch 12,6 Proz.

„Die Sieger vom 13. März.“

Halle, 14. März (Eigenbericht).

Die SPD hat am Sonntag auch in ihrer Hochburg Halle eine Stimmenelabuze erlitten. Im Vergleich zur Reichstagswahl 1930 ging die kommunistische Stimmensiffer von 32 424 auf 29 811, also um 2313 Stimmen zurück. Auch der Anteil am Gesamt-ergebnis ging von 26 auf 22,6 Proz. herunter.

Im Wahlkreis Halle-Merseburg verlor die SPD rund 4300 Stimmen. Ohne die Unterstützung der Spitzengruppen würde der Verlust mindestens doppelt so hoch sein. Trotzdem feiert das hiesige Kommunistenblättchen die Kommunisten als „Sieger des 13. März“.

Nix zu handeln?

Das Geschäftchen mit dem Interesse des Landes.

Die Schacherveruche des Herrn Hugenberg vor dem ersten Wahlgange sind vom Reichspräsidenten scharf und bestimmt abgewiesen worden. Aber es ist mit Herrn Hugenberg wie mit gewissen Hausierern: vorne ist er herausgeworfen worden, hinten kommt er mit freudlichem Nächeln wieder herein: nix zu handeln?

Am Montagmorgen stellte er sich wieder ein mit einem Vorschlag zu einem kleinen Geschäftchen: der Reichspräsident soll den Reichstag auflösen und Neuwahlen zum 8. Mai ausschreiben — dann könnte durch verfassungsmäßig änderndes Reichsgejet bestimmt werden, daß der zweite Wahlgang entfällt und Hindenburg gewählt sei.

Es wäre ein Zeichen für politische Bildung und Disziplin, wenn der Reichstag zusammentreten würde, um einstimmig zu beschließen: Hindenburg ist gewählt. Aber für Hugenberg gibt es in der Politik keine Klugheit, keine Würde, sondern nur Geschäfte. Was Interesse des Volkes und Landes ist, wird in seiner Hand zum Geschäftchen.

Was will Herr Hugenberg eigentlich verkaufen? Wir besinnen uns, daß Herr Goebbels seinerzeit die Hugenberg'sche Geschäftemacherei, die ihn mächtig ango, auf die Formel brachte: Wir wollen Ware für unser Geld! Wo ist die Ware bei Hugenberg? Er ligt auf 2,5 Millionen Duesterberg-Stimmen, die er verhandeln möchte — aber die haben seit dem 13. März keinen Kurswert mehr. Er hatte sich das anders vorgestellt! Seine Zeitschrift „Das freie Deutschland“ hatte prophezeit: 14 Millionen Stimmen für Hindenburg, 13,5 für Hitler, 3 für Duesterberg, 5,5 Millionen für Thälmann. Für Hitler und Duesterberg zusammen also 16,5 Millionen gegen 14 Millionen für Hindenburg. Das sollte die Grundlage des Geschäfts sein. Im „Berliner Lokal-Anzeiger“ war am 13. März vor der Reichspräsidentenwahl zu lesen:

„Nur ein Weg: Durch die Stärkung dieses Blodes die Entscheidung im zweiten Wahlgang in die Hand seines Führers zwingen, in die Hand eines Mannes von unbedingter Sicherheit, eines Mannes, der nie aus seinen eigenen Schuhen gefallen ist; eines Mannes, dessen Vorauslagen Jahr um Jahr kurzbar beständig hat. Wie es nach dem ersten Wahlgang weitergehen wird, das entscheiden die, die Duesterberg wählen.“

Hugenberg selbst erklärte im Sportpalast: „Was dann weiter zu geschehen hat, bitte ich freundlichst mir zu überlassen.“

Er wird sich selbst überlassen bleiben; denn für den Ausgang des zweiten Wahlganges haben die Duesterberg-Wähler

nichts zu bestimmen, und Hugenberg erst recht nichts. Er wollte die Duesterberg-Stimmen meistbietend versteigern: von den Nationalsozialisten wollte er einen Einheitskandidaten als Bezahlung einhandeln und Ministerstelle im Dritten Reich, von dem Präsidenten die Demission Brünnings und Reichstagsauflösung. Das zweiseitige Geschäftchen ist entzwei: Hitler hat sich selbst wieder proklamiert, so daß es nichts ist mit der Meinung der Harzburger Front. Nach der anderen Seite ist Hugenberg mit dem Preise heruntergegangen — aber da zeigt man ihm die kalte Schulter. Das Geschäftchen geht nicht, trotz großen Preisabbaues.

Dem Ranne, der Politik mit den Geschäften des Hugenberg-Konzerns machen wollte, wird alle Politik zum Geschäft. Die deutschnationalen Führer, die im Jahre 1924 unter der Hand 50 Prozent der deutschnationalen Stimmen im Reichstag für die Dawes-Befehle gegen Ministerfessel verkauften, sind Waisenknoten gewesen gegen Hugenberg!

Die Wahlen in Preußen.

Vergleich mit früheren Ergebnissen.

In den preußischen Wahlkreisen wurden bei der Reichspräsidentenwahl am 13. März 1932 folgende Stimmen abgegeben:

Duesterberg	1 825 158
Hindenburg	11 022 080
Hitler	6 844 854
Thälmann	3 724 687

Bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 wurden die jetzigen Präsidentschaftskandidaten in den preußischen Wahlkreisen folgende Stimmengahlen erreicht haben:

Duesterberg	1 963 836
Hindenburg	12 030 182
Hitler	3 967 379
Thälmann	3 141 547

Bei den preußischen Landtagswahlen am 20. Mai 1928 wurden die jetzigen Präsidentschaftskandidaten folgende Stimmengahlen auf sich vereinigt haben:

Duesterberg	3 274 897
Hindenburg	12 336 410
Hitler	552 860
Thälmann	2 237 160

Ein Briand-Denkmal wird mit Zustimmung der Familie in der Stadt Bach-sur-Cure der nächstgelegenen größeren Stadt in der Nähe von Cocherel errichtet werden. Die Kosten werden durch Spendenzahlung aufgebracht werden.

Sieg der Verständigungsidee.

Der Erfolg der Eisernen Front im Urteil Amerikas

New York, 14. März (Eigenbericht.)

Die „Associated Press“, die 1100 der größten Blätter Amerikas bedient, veröffentlicht einen Bericht ihres Berliner Korrespondenten über den Ausgang der Reichspräsidentenwahl, in dem es heißt:

„Hindenburg ist heute die Verkörperung des deutschen Willens, sich seinem gewünschten Platz in der Sonne ruhig, fortwährend und auf dem Pfade der internationalen Verständigung zu nähern. Der Reichspräsident kann dem zweiten Wahlgang mit Gleichmut entgegensehen, denn er wird gestützt einerseits von der disziplinierten ersten deutschen Arbeiterklasse, die in der Eisernen Front zusammengeschweißt wurde und während der Wahlkampagne eine überragende Kraft und Aktivität entwickelte, und andererseits von einem besonnenen Bürgertum, welches sich weigerte, auf die Situationsstimmen jener zu hören, die den Himmel auf Erden durch eine Veränderung der Regierungsform und der Persönlichkeiten, die an seiner Spitze stehen versprochen.“

Frankreich.

Paris, 14. März (Eigenbericht.)

Der „Temps“ schreibt zu dem Ergebnis der Reichspräsidentenwahl: „Durch sein Bistum hat das deutsche Volk das Schicksal verhindert. Aber das Volk scheint doch von tiefer Unruhe und moralischer Verwirrung ergriffen zu sein, die sicherlich nicht ohne Gefahr für die Lage Europas ist. Für den Augenblick wenigstens scheint Hitler und seinen Anhängern der Weg zur Macht versperrt zu sein. Aber wenn Hindenburg am 10. April wiedergewählt wird, wird man feststellen müssen, daß in Deutschland nichts geändert ist und daß die Reichspolitik sich auf den Grundlagen weiterentwickeln wird, die Brüning ihr gegeben hat. Daß wird keine Garantie für die Konsolidierung der internationalen Lage, aber schon viel im Vergleich zu dem sein, was man nach dem Siege Hitlers zu befürchten berechtigt gewesen wäre.“

Der radikale „Soir“ erklärt: „Der Nationalsozialismus hat eine charakteristische Niederlage erlitten, die einen großen Einfluß auf seine Zukunft haben kann. Hitler hat zu den Stimmen, die seine Kandidaten im September 1930 erhalten hatten, zwar 4,8 Millionen Stimmen hinzugefügt. Das ist ein enormer, aber ungenügender Zuwachs, und man muß sich fragen, ob das Schicksal des Nationalsozialismus nicht das aller Gewaltstreikparteien sein wird, d. h., ob er nicht, nachdem er die Schwelle der Macht berührt und sein Unternehmen verfehlt hat, zusammenbrechen wird. Die Stunde ist wahrscheinlich vorüber, in der er zur Gewalt Zuzucht nehmen konnte. Hindenburg wird Reichspräsident bleiben, Hitler ist geschlagen.“

Belgien.

Brüssel, 14. März (Eigenbericht.)

Von den belgischen Zeitungen äußert sich bisher nur der sozialistische „Peuple“ ausführlich zu dem Ergebnis der Präsidentenwahl. Das Blatt faßt den Sinn des Wahlausgangs in folgenden Sätzen zusammen:

„Hitler hat den Höhepunkt seines Wachstums überritten. Die deutsche Republik hat eine außerordentlich gefährliche Krise umschifft. Die Aussichten des deutschen Faschismus, sei es auf gelegentlichem Wege, sei es mit Gewalt die Macht an sich zu reißen, sind wohl endgültig zerfallen. Der 13. März hat gezeigt, daß das deutsche Volk noch nicht reif ist für alle Exzesse, für das Chaos und für den Selbstmord, und es wohl auch nie werden wird.“

Das Hauptverdienst für die Zerstörung der Hoffnungen Hitlers schreibt das sozialistische Organ der deutschen Sozialdemokratie zu, die das Gebot der Stunde verstanden habe und nun endlich die Frucht ihrer opferreichen und auch mutigen Taktik einzuhelmen beginne. Ihre Anhänger hätten durch ihre Haltung eine bemerkenswerte Reise des Urteils und erstaunliche Disziplin bewiesen.“

Holland.

Amsterdam, 14. März (Eigenbericht.)

Die holländische Presse würdigt das Wahlergebnis in Deutschland unter dem Gesichtspunkt der Niederlage Hitlers.

Das sozialistische „Het Volk“ bemerkt in einem Leitartikel unter der Überschrift „Europas Kultur gerettet“, daß es optimistisch genug sei, in dieser Niederlage Hitlers den Anfang seines Untergangs zu erblicken. Diese Wahl sei aber auch eine Warnung für die Staatsleute und Finanzleute in Europa, nichts zu tun, was auf die Aussichten von Hindenburg nachteilig einwirken könne, hingegen alles zu tun, was die deutsche Demokratie zu ermutigen vermöge.“

Die Wahlen im Saargebiet.

Zentrum beherrscht die Situation.

Saarbrücken, 14. März.

Am Sonntag fanden im Saargebiet Wahlen zum Landesamt statt. Das Ergebnis lautet: Abgegebene Stimmen 369 564, wahlberechtigt: 481 042, gültige Stimmen 362 487, ungültige 709, Wahlbeteiligung etwa 75 Proz.

Sozialdemokraten: 36 022 Stimmen 3 (bisher 5) Mandate, Kommunistische Opposition: 5737 Stimmen 0 (0) Mandate, Deutsche Wirtschaftspartei: 11 578 Stimmen 1 (1) Mandate, Kommunisten 84 046 Stimmen 8 (5) Mandate, Sozialistische Arbeiterpartei: 2577 Stimmen 0 (0) Mandate, Arbeiter- und Bauernpartei (Christlichsozial): 6093 Stimmen 0 (0) Mandate, Liste Otto Fried 3424 Stimmen 0 (0) Mandate, Nationalsozialisten: 24 429 Stimmen 2 (0) Mandate, Deutsche Staatspartei (Demokratische Partei): 2116 Stimmen 0 (0) Mandate, Deutsch-Saarländische Volkspartei (Liberal Volkspartei): 24 017 Stimmen 2 (3) Mandate, Deutsch-nationale Volkspartei: 5812 Stimmen 0 (1) Mandate, Zentrumspartei: 156 425 Stimmen 14 (14) Mandate.

Verteumder gestellt.

Eine Klage wegen Beleidigung des Genossen Stüden.

In der in Berlin erscheinenden Zeitschrift „Der Vorstoß“ (Wochenblatt der Deutschen Allgemeinen Zeitung), ist vor kurzem ein Aufsatz erschienen, in dem die unglaublichen Verteumelungen gegen führende Mitglieder der SPD, wegen angeblicher Bereicherung aus Aufsichtsratsämtern aufgestellt waren. Alle Behauptungen sind frei erfunden. Sie wurden selbstverständlich demaskiert. Die ganze Angelegenheit trägt den Stempel der übelsten Machtmache. Jetzt hat der Reichsminister des Innern Werner Gombert in dem Aufsatz enthaltenen Verteumelungen des Genossen Stüden als Reichskommissar gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorstoß“ Strafantrag gestellt. Stüden war seine angebliche

Schwer angeschlagen!



„Adolf, Adolf, aufgewacht! Die zweite Runde geht an!“

Unsere Kraftquellen:

Erkenntnis und Disziplin.

Schon vor dem 13. März stand die Haltung der sozialdemokratischen Wählermassen bei Freund und Feind im Mittelpunkt der Erörterungen. Die Gegner der faschistischen Kandidatur, zum Teil sogar in den eigenen Reihen der Partei, fragten sich besorgt, ob es der Sozialdemokratie gelingen würde, ihre bisherige Wählerschaft gegen die maßlose kommunistische Agitation immun zu halten und ihr die Notwendigkeit der Stimmabgabe für Hindenburg gegen Hitler klarzumachen. Die Kommunisten dagegen und erst recht die Faschisten, legten ihre Haupt Hoffnungen auf einen sozialdemokratischen „Wählerstreik“. In fast allen Betrachtungen der Presse des In- und Auslandes außerhalb der Sozialdemokratie wurde ein mehr oder weniger erheblicher Prozentsatz von Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern, die die Parole ihrer Organisationen „nicht mitmachen“ würden, als unermessliches Faktum in Rechnung gestellt.

Die Wahlziffern vom 13. März beweisen aber mit eindringlicher Klarheit, daß die sozialdemokratischen Wähler nicht nur restlos erkannt haben, worum es ging, und daraus die Konsequenzen gezogen haben, sondern daß es ihnen sogar vierterorts gelungen ist, früheren Mitläufern der SPD, die gleichen Erkenntnisse beizubringen. Kein Wunder, daß nunmehr nach der Wahl diese Gefolgschaft der Sozialdemokratie fast überall, auch bei ihren Gegnern, mit Bewunderung festgestellt wird. Hier einige Äußerungen, die geeignet sind, die Partei mit berechtigtem Stolz zu erfüllen:

„Vossische Zeitung“: „An den Berechnungen des Dr. Goebbels figurieren die Kommunisten mit 7 bis 8 Millionen Stimmen. Thälmann sollte einen großen Teil der sozialdemokratischen Wähler zu sich herüberziehen. Der Transportarbeiter gegen den Generalfeldmarschall! Wenn eine Klassenkampfpapale Aussicht auf Erfolg hatte, so in diesem Fall, in einem Augenblick, in dem die Arbeitslosigkeit den Gipfel erreicht hat. Diese Hoffnungen sind durchkreuzt worden: die Sozialdemokraten haben die Kerntruppen für den Erfolg Hindenburgs gestellt.“

„Berliner Tageblatt“ (Theodor Wolff): „Rühmenderwert ist wohl eine andere Disziplin, die musterhafte Disziplin, mit der die Sozialdemokraten den Hohn und die Angriffe der nun ja auch gründlich geschlagenen Kommunisten gleichmäßig

abzuschütteln, für Hindenburg an die Wahlurne getreten sind, und die Disziplin, mit der die kaum geschaffene „Eiserne Front“ für ihn, für den Staat, für den Schutz der Ordnung und der Freiheit Großartiges geleistet hat.“

„Berliner Volks-Zeitung“: „Der Versuch, Wähler aus dem sozialdemokratischen Lager für Thälmann zu gewinnen, ist ohne Ergebnis geblieben. An der Vernunft der Arbeiterklasse ist die kommunistische Taktik der Unlogik durch Unterstützung Hitlers, die Aussichten für ein Sowjetdeutschland zu fördern, gescheitert.“

„Welt am Abend“: „Die Scheinmanöver der Eisernen Front sind auf gewisse Kleinbürger- und auch Arbeiterschichten nicht ohne Eindruck geblieben.“

„Deutsche Allgemeine Zeitung“ (reaktionär-schwerindustriell) spricht von dem „gemäß großartigen Anteil der unerschütterlichen Disziplin der sozialdemokratischen Arbeitermassen an dem Siege Hindenburgs“.

„Berliner Börsen-Zeitung“, ebenfalls reaktionäres Unternehmerorgan: „Die Disziplin, besonders der Zentrums-wählerschaft und der Sozialdemokratie, hat sich wiederum als bewunderungswürdig erwiesen. Es zeigt sich an zahlreichen Beispielen, wie z. B. in Leipzig, daß es der Sozialdemokratie unter dem Schlagwort „Gegen den Faschismus“ gelungen ist, fast in allen Wahlkreisen den letzten Wähler ihrer Partei an die Wahlurne für die Parteiparole zu drängen, und man kann sagen, daß neben etwa fünf Millionen Stimmen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, mindestens achtzehn Millionen Stimmen von der sozialdemokratischen Partei für Hindenburg aufgebracht worden sind.“

Die „Kreuz-Zeitung“ stellt enttäuscht fest, daß „auch die Sozialdemokratie, wie das Zahlenmaterial beweist, zum größten Teil den Parolen ihrer Drahtzieher (!) gefolgt ist“.

„Deutsche Zeitung“: „Neben mit den Stimmen der internationalen Sozialdemokratie hat Hindenburg seine große Mehrheit im ersten Wahlgang erreicht. Damit wird zugleich ein Verdammungsurteil über diejenigen gefällt, die seine Wahl betrieben haben.“

Es blieb dem „Angriff“ des Herrn Goebbels, der vorher das Maul nicht voll genug nehmen konnte, vorbehalten, zu schreiben: „Geradezu blamabel ist das Resultat für die SPD.“

Sader blamiert sich, so gut wie er kann.

Pensang vorgeworfen worden, die er als Reichskommissar für Zitiert und Flüchtlingsbezüge. Er habe heimlich seine politische Nachstellung ausgenutzt, um als Parasit des Staates sich ein möglichst großes arbeitsfreies Einkommen aus Mehrwert zu sichern.

In Wirklichkeit bezieht Genosse Stüden aus Reichsmitteln weder Gehalt, Wartegeld noch Ruhegehalt. Im Gegenteil, er hat für die letzte Zeit seiner Tätigkeit als Reichskommissar sogar ausdrücklich auf jede Gehaltszahlung verzichtet. Wegen der unerhörten Verteumelungen wird jetzt der verantwortliche Redakteur des „Vorstoß“ eine exemplarische Strafe zu gewärtigen haben. Gegen den Verfasser des Artikles konnte Strafantrag nicht gestellt werden, weil er sich hinter einem Pseudonym verborgen hält.

Aufstand in der Mandschurei.

Gegen Japan und seine Staatsmänner.

Kulden, 14. März.

Aus der ganzen Mandschurei werden die schwersten Unruhen gemeldet. Überall am westlichen Ende der chinesischen Ostbahn haben sich chinesische Truppen gegen die neue Regierung erhoben. Alle japanischen Garnisonen sind mobilisiert und marschieren zum Teil bereits gegen die Chinesen. In Mukden selbst zogen die Chinesen in großen Gruppen durch die Vorstädte, bedrohten japanische Staatsangehörige und plünderten zahlreiche Geschäfte und Häuser. In der Nähe des japanischen Hauptquartiers

wurde eine Reihe von Häusern in Brand gesteckt. In Manchuria plünderte die chinesische Garulson die ganze Stadt. Der japanische Kommandeur wurde ermordet. Ein Regiment der chinesischen Hallang-Klasse in Peiho bei Peking ist nach Peking aufgebogen, um die dortigen japanischen Besatzungstruppen anzugreifen.

Neuer Multimillionärs-Selbstmord.

Der Chef des amerikanischen Kodak-Trufts.

Der bekannte Multimillionär und Aufsichtsratsvorsitzende der Eastman-Kodak-Gesellschaft, George Eastman, hat seinem Leben durch Erschießen ein Ende bereitet. George Eastman, der im Alter von 77 Jahren stand, war seit längerer Zeit leidend, sein Arzt vermutet, daß er die Tat in einem Schwermuttsanfall begangen hat. In einem Schreiben an seine Freunde erklärt Eastman: „Meine Arbeit ist getan, wozu Worten?“

Der Kodak-Gesellschaft dürfte es finanziell erheblich besser gehen als dem Kreuger-Trufts.

Trotz hat das höchste Bistum für drei Monate erhalten, unter der auch von der Türkei gleichzeitig gestellten Bedingung, daß ein Mitglied seiner Familie in Konstantinopel habe als Bürgschaft für seine Rückkehr. Seine Frau wird ihn infolgedessen nicht begleiten.

Schupos auf dem Posten

Im „Generalstabsquartier“ der Polizei — Arbeit im Dienste des Volksganzen — Ein Wachtmeister erzählt

Selten ist eine Wahl in Deutschland so erfreulich ruhig und ohne Zwischenfälle verlaufen wie die Reichspräsidentenwahl am Sonntag. Das ist ein Zeichen wachsender Disziplin der Wählermassen. Es ist aber auch ein Erfolg der umfassenden vorsorglichen Maßnahmen der Polizei, die rechtzeitig allen Gegnern des Staates vor Augen führte, was bei dem Versuch einer gewaltsamen Machteroberung das entscheidende Wort sprechen würde. Die Polizei wird selten gelobt. Die Öffentlichkeit bemerkt zu wenig von der unehörten Arbeit, die vorsorglich geleistet wird, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Diese Tätigkeit aber gerade ist es, die bewirkt, daß Aktionen, wie sie der Prahler Goebbels in gewohnter Ueberheblichkeit vor der Wahl ankündigte, von vornherein als lächerliche Vermessenheiten erscheinen. Für den Polizeibeamten aber, vom Wachtmeister bis zum Kommandeur und Präsidenten, bedeutet diese in aller Stille im Dienste des Volksganzen geleistete Arbeit äußerste Anspannung von Arbeitskraft und Energie. Der einzelne Schuposbeamte erfüllt dabei seine Pflicht in dem Bewußtsein und in der Erkenntnis, daß er so Volk und Staat vor dem Abgleiten in Chaos und Niedergang bewahrt. In der Geschichte des Kampfes der deutschen Republik hat sich die preußische Polizei einen besonderen Ehrenplatz verdient.

Im Kommando am Weidendamm.

Wer an Tagen mit politischer Hochspannung Gelegenheit hat, die Schupospolizei direkt bei ihrer Arbeit, bei der Durchführung der bis ins kleinste getroffenen Sicherheitsmaßnahmen zu beobachten, erhält einen Eindruck von der Best der Verantwortung und der Hölle der Arbeit, die auf jedem einzelnen Beamten ruht. Wo im Vorkriegs-Berlin das Garde-Grenadier-Regiment Nr. 1 „Kaiser Alexander“ lag, befindet sich heute das Kommando der Berliner Polizei. Hier ist das „Generalstabsquartier“ der Polizei mit dem Kommandeur Heimannsberg und seinem Stellvertreter Oberst Genz an der Spitze. Hier werden die Befehle, Anordnungen und Arbeitspläne nach den vom obersten Polizeichef, Polizeipräsidenten Genossen Orzelski, im roten „Schloß“ am Meer gegebenen Richtlinien ausgearbeitet. Die genauen Anweisungen für die Maßnahmen am Wahlfesttag sind so auch im Kommando entstanden, und lächelnd zeigt der Leiter der betreffenden Abteilung, Polizeihauptmann Schünemann, dem Besucher das Verzeichnis der vielen notwendigen Befehle, die zusammengefaßt eine kleine Broschüre ausmachen. Gerade beim Schuß des Wahlaktes sind unzählige Bestimmungen zu beobachten, und der Wachtmeister auf der Straße muß sich auch hier wieder als der kleine Professor in der Westentasche erweisen.

Durch ein glänzend organisiertes Meldewesen ist man im Kommando ebenso wie im Polizeipräsidium zu jeder Stunde des Tages und der Nacht über alle Vorkommnisse in der Stadt genauestens unterrichtet. Dauernd gehen die Meldungen ein. Da wird sowohl die Festnahme irgendwelchen armen Schuldners gemeldet, der ein Brot „bargeldlos“ einkaufen wollte, wie die Entlieferung des lange gesuchten Luftwärters oder die in irgendeinem Keller beobachtete Schlägerei zwischen Anhängern der radikalen Parteien. Zeigt sich die Entstehung von Unruhen, ist es kurze Zeit nach dem ersten Aufflackern möglich, die entsprechenden Gegenmaßnahmen zu treffen. Wer heute, am Sonntag, herrscht erfreulicherweise überall Ruhe, und man merkt kaum, daß eine Millionenarmee von Wählern in der Stadt unterwegs ist, um das Wahlrecht auszuüben.

In der Unterkunft bei den Schupos.

Dem Kommando am Weidendamm sind es nur einige hundert Meter über die Weidendamm-Brücke bis zur Karlstraße, wo sich die Unterkunft der Inspektion Tiergarten befindet, die die größte Polizeinspektion Berlins darstellt. Der Leiter der Inspektion ist seit einiger Zeit Polizeimajor Kessler, als Nachfolger des Majors Lewitz, der es als Beamter der Republik nicht mit anderen konnte, daß einige Republikaner Hochrufe auf die Republik und den Ministerpräsidenten ausbrachten. Die Beamten der Inspektion Tiergarten haben tagtäglich, auch in normalen Zeiten, einen besonders schweren Dienst zu leisten. In dem Bereich ihrer Inspektion ist dauernd etwas los. Da ist der Reichstag zu schützen oder die Innenstadt zu sichern, da gibt es im kleinen Tiergarten dauernd Ansammlungen von Erwerbslosen. Aber das Schmerzkind der ganzen Inspektion vom Wachtmeister bis zum Major ist der — Sportpalast. Die „Betreuung“ des Sportpalastes ist nämlich nicht nur die Aufgabe des zuständigen Polizeireviers, weil die Zahl der Revierbeamten selbstverständlich für große Kundgebungen bei weitem nicht ausreicht. Deswegen geht bei jeder großen Veranstaltung im Sportpalast die Leitung der polizeilichen Maßnahmen in die Hände des Majors der Inspektion Tiergarten über.

Ein Wachtmeister über seine Arbeit.

Wir legen uns mit einem Wachtmeister zusammen und bitten ihn, uns einiges über seine Arbeit zu erzählen. Auch er scheint dem Sportpalast nicht gerade allzusehr zu lieben, denn er beginnt die Unterhaltung mit der Frage, was aus dem Projekt geworden sei, monach der Sportpalast in eine große Garage umgebaut werden sollte. Im Vertrauen gesagt, meint er, so mancher meiner Kollegen hat schon gewünscht, der Sportpalast wäre über Nacht abgebrannt. Es vergeht kein Abend, an dem wir nicht die „Freude“ hätten, dem Sportpalast unseren Besuch abstrafen zu dürfen. In der letzten Zeit, so fährt der Beamte fort, kamen wir Schupos uns manchmal vor wie Matrosen auf einem Schiff. Es kommt vor, daß wir während acht bis vierzehn Tagen nicht, außer aus dienstlichen Gründen, aus den Mauern der Kaserne herauskommen, um einen privaten Gang zu erledigen. In Zeiten politischer Hochspannung wie der jetzigen müssen wir alle dauernd ab-rufbereit sein. Und das gerade ist so nervenaufreibend, dauernd gewärtig sein zu müssen, aus dem Schlaf herausgerissen zu werden. Nur einmal ruhig ausschlafen können ist unser Wunsch. Trotzdem: wir tun unseren Dienst freudig, weil wir wissen, was auf dem Spiele steht. Wir anerkennen auch die Bemühungen der leitenden Stellen, uns Erleichterungen zu verschaffen.

Wo arme Leute wohnen...

Unglückshaus Manteuffelstraße 61 — Mütter richten

Am Sonnabend wurde die sechsjährige Eefriede W. aus der Manteuffelstraße 62, wie berichtet, das unglückliche Opfer eines Lustmörders.

Die ganze Manteuffelstraße, eine Straße im Südosten Berlins, unweit vom Görlicher Bahnhof, ist in Bewegung: in Gruppen stehen die Frauen herum, das Einholenz am Arm, die Kinder an der Hand und besprechen aufgeregten Tones das gräßliche Geschehen. Das Haus Nr. 61, wo die grausame Tat geschah, ist dicht umstellt, voll unglücklicher Neugier sieht alles in das Hausinnere, als mühte dort plötzlich der Unhold erscheinen und seine Strafe empfangen...

Aber still, friedlich liegt die alte Mietkaserne da, sie verrät nichts und gibt nichts preis von ihrem schrecklichen Geheimnis. Es ist eines jener jenseits dichtbelegten Proletariatshäuser, links die Haustafel an der Wand zeigt drei lange, dichtbeschriftete Namenreihen von Hausbewohnern, die, einer am anderen, in kleinen, alten Wohnlöchern hausen, vorne, rückwärts und in Quergebäude. Im finsternen, schmalen Hausgang erscheint jetzt eine junge Frau mit einem Kind an der Hand — heute sieht man hier kein einziges Kind von der Mutter entfernt —, sofort wird sie mit Hunderten von Fragen bestürmt. Es sind alles Neben-sächlichkeiten, Wichtigkeiten, was die aufgeregten Menschen da wissen wollen; wo der Mann wohnte, ob vorne oder rückwärts, ob er verheiratet war und Kinder hatte, ob er in Arbeit stand, wie alt er war und dergleichen mehr. „Ach lassen Sie mich raus“, meint die junge Frau, als das Fragen kein Ende nehmen will, „das ist schon so ein Unglückshaus, ich wäre froh, ich könnte anders-

wo wohnen! Wir haben sie hier im Streit meinen Mann erschlagen.“ Dann ruft sie ihr Kind und eilt weiter. Und wieder kommt eine hinzu, die neues weiß; sie erzählt, daß die Tat in der Wohnung des Mannes passiert wäre, daß er sonst ein ordentlicher, arbeitsamer Mensch gewesen sei, der nachts bei der W.G. arbeite, auch seine Frau sei in Arbeit. Sonst ginge er stets vom Dienst direkt nach Hause, aber an diesem Tage hätte er erst mal tüchtig einen gekippt. Wieder kommt Bewegung in die Menge, ein kleiner blonder Junge kommt aus dem Hause an der Hand der Mutter; wie er all die Frauen da sieht, dreht er sich noch rückwärts und zeigt mit seinem kleinen Händchen: „da oben!“

Das war der kleine Heinz, der Spielgefährte der kleinen Eefriede, der der Mordkommission so wichtige Dienste leistete, wofür er den Täter wiedererkannte. „Nächstes Jahr sollte die kleine Eefriede in die Schule kommen, Schultasche und alles war schon für sie da“, erzählt eine Frau, „sie war genau so alt wie meine Lieselotte.“ Unzählige kleine Begebenheiten aus dem Alltag des toten Kindes werden erzählt, nichts, uninteressante Dinge für den Unbeteiligten, aber ein Stück aus dem Leben dieser Mütter. „Meiner Kleinen ist im vorigen Jahre das gleiche passiert, bloß der Karl ist dabei gestorben“, erzählt jetzt eine Frau; wie auf einen Ruf sind alle Blicke auf sie gerichtet, noch mehr aber auf das Kind an ihrer Hand, ein blaßes, blondes Dingelchen, das oben voll Wohlbehagen in einen Apfel beißt. „Wo wohnen Sie denn?“ schreit alles wie aus einem Munde. „Hier, vis-à-vis!“ Vielleicht war es derselbe Mensch, wie diesmal, wer weiß, was der schon alles auf dem Gewissen haben mag. Wo arme Leute wohnen, gibt es viele Kinder und keinen, der sie behütet...



Aus dem Russischen übertragen von Werner Bergengruen.

Die Gefangenen lachten. Die Begleitmannschaften lächelten herablassend und zurückhaltend. Allmählich wird alles schläfrig. Dagegen anzukämpfen ist unmöglich. Wenn der Mensch drei bis fünf Tage nicht geschlafen hat, dann verliert er die Fähigkeit, sich zu bewegen und zu denken. Und wenn der Körper auch seine Funktionen mechanisch fortsetzt, so nimmt die gedankliche Tätigkeit doch eine Ruande von Anormalität an, zeitweise hat sie sogar etwas Fieberisches. Ich habe Leute gesehen, die zwei bis drei Tage nicht geschlafen hatten und nun im Stehen einschliefen, gegen einen Pfosten oder Zaun gelehnt. Im Felde habe ich Leute gesehen, die, während das Regiment eine Marschpause von einigen Minuten machte, auf die Erde fielen und einschliefen. Man konnte sie nur in die Höhe bringen, indem man ihnen einen Kolbenstoß gab oder sie aufhob, auf die Füße stellte und so lange festhielt, bis sie wieder bei sich waren. Ich hatte bereits mehrere Tage nicht geschlafen. In meinem Hirn wirbelten Bruchstücke von Erinnerungen und Trümmer eines halben Wirklichkeitsbewußtseins wie abgerissene Fäden durcheinander. Statt menschlicher Gesichter tauchten nie gesehene Tiermasken auf, im Nebel tortelten die Schnäuzen und Rüssel von Ungeheuern, zugleich mit verschwommenen Konturen von allerlei Gegenständen. Der kurze Schlaf und die häufigen Unterbrechungen, das war wie ein laßender Apdruad oder wie ein Wundstieber. Und die Leute der Außenwelt drangen in mein Bewußtseinszentrum wie Nadeln über den Schädel oder wie in die Ohren gebohrte spitze Gegenstände. Ich brauchte Schlaf. Meine Muskeln, meine Nerven, mein Gehirn, alles an mir brauchte Schlaf. Dazu hätte ich die Möglichkeit haben müssen, mich hinzulegen und auszudecken, aber gerade diese Möglichkeit hatte ich nicht.

An Benja habe ich keine Erinnerung. In meinem Gedächtnis findet sich nichts, das mir ein Bild von unserem Aufenthalt in dieser Stadt verschaffen könnte. Ob wir dort im Gefängnis waren, ob uns einfach eine Eskorte auf dem Bahnhof der anderen übergab, ob wir in einen anderen Wagon umsteigen mußten oder im Kurster blieben, daran kann ich mich nicht erinnern. Ich weiß nur, daß wir von Kurst nach Benja gefahren sind, und von Benja nach Samara. Nach allem, was mir durchgemacht hatten, empfanden wir das Gefängnis von Samara als Ruhestätte und Erholungsheim. Es gab geräumige Zellen, gefirnisste Fußböden, elektrisches Licht, saubere Latrinen. Wir wurden gezwungen, viele Male am Tag die Böden aufzumischen, aber diese Arbeit war nicht unangenehm, und viele besorgten sie mit Vergnügen. Ich war eingeschlafen und hatte offenbar sehr lange geschlafen. Ich wurde geweckt, als es Mittagessen gab. Was man uns im Kiewer Gefängnis von den Erben in Samara erzählt hatte, das erwies sich als zutreffend. Dieses Gefängnis war für Rußland eine Seltenheit; abgesehen von seiner Sauberkeit und Helle hatte es noch die große Annehmlichkeit, daß die Verpflegung hier so gut war wie sonst nirgendwo. In der Tat, es gab zweimal in der Woche zum Mittagessen als Zweites Erbsen, aber auch alles andere war so, daß man es ohne Ekel essen konnte, was sich keineswegs von allen Gefängnissen behaupten ließe. Ich hatte lange nichts Warmes mehr in den Leib bekommen. Wenn im Kiewer Gefängnis die Eimer mit Kohlsuppe nach im Korridor waren, dann fing es schon an zu stinken. Dort wurde das Essen grundsätzlich aus nicht mehr frischen Lebensmitteln zubereitet. Lebensmittel! Das klingt schon viel zu großartig! Dieses Wort könnte eine übertriebene Vorstellung von der Ernährung der Inassen eines zarischen Gefängnisses hervorrufen. Für jeden Häftling waren sieben Kopfen pro Tag ausgeworfen. Von diesem Gelde mußte aber auch noch etwas für die Gefängnisbehörden abfallen. Es wird sich wohl niemand zu der Behauptung verfeigen wagen, die Gefängnisbehörden seien in jener Zeit sehr einwandfrei und ehrlich gewesen. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß ein kleiner Teil bei der Gefängnisbehörde hängen blieb, und daß drei Kopfen für die Brotportion draufgingen, so kann man sich eine Vorstellung davon machen, wie „Ritaessen“ und „Abendbrot“, die vom Rest bestritten werden mußten, beschaffen waren. Gewöhnlich gab es im Gefängnis zweimal wöchentlich fleischlose Tage, sonst Fleisch. Dieses Fleisch bestand aber darin, daß in die Kessel einige

Dohsentöpfe geworfen wurden. Wenn also sieben Menschen sich um einen Kessel mit wässriger Kohlsuppe setzten, dann angelten sieben Löffel nach einem einzigen Klumpen. Die Gefangenen machten dabei ihre traditionellen Späße. „Neh dich aus und tauch, sonst kriegst du nichts!“ „Na, das erwischt auch bloß eine Taucherente!“ In Samara stürzten sich die Häftlinge mit tierischer Gier auf das Essen, aber o weh, es war nicht genug, und bald, nur allzu bald standen die betäubten Tischgäste um ihre Suppenkessel und leckten die Löffel ab. Alle blieben hungrig und mußten sich wohl oder übel damit trösten, daß man sich hier ungekraft auf die Britischen legen und ausschlafen durfte. Nach dem Spaziergang, während die Zellentür noch offen war, kam häufig einer der Verschickten aus der Nachbarzelle. Sein ganzes Aeußere machte ihn sofort als „Politischen“ kenntlich. Er kam rasch auf mich zu, gab mir ein Paket und einen Zettel und war ebenso schnell verschwunden. Auf dem Zettel stand, man solle es meinem Gefängnis an, daß ich halb verhungert und völlig erschöpft wäre, darum bekame ich hier eine kleine Stärkung. In dem Paket war Tee, Zucker, Wurst, Butter und Weizenbrot. Ich war ganz gerührt über diese Aufmerksamkeit und zugleich sehr erstaunt über diesen Scharfblick fremder Augen, die mich in der großen Menge einsfürmig gekleideter und homogen erscheinender Menschen eripäht hatten. Der Mann ohne Gedächtnis bemerkte: „Die Feinen kennen die Feinen überall heraus.“ Worauf Burstein sofort auch seinerseits eine Sentenz von sich geben mußte: „Was ein Fische ist, erkennt einen anderen Fische, und wenn er an der Zimmerdecke hängt.“ In diesem Gefängnis gab es viel mehr Tappelbrüder als in den bisherigen, da wir uns ja allmählich Tscheljabinsk näherten, dem gewöhnlichen Sammelpunkt aller für Sibirien bestimmten Transporte. Das Gefängnis von Samara bildete gewissermaßen den Vorhof für die sibirischen Gefängnisse. Der Mann ohne Gedächtnis traf hier unter den Tappelbrüdern manch alten Bekannten. Sie sprachen miteinander in einer eigenen Sprache, die weder mit der Umgangssprache, noch mit der Kundensprache identisch war, sie brauchten Worte, die selbst in Gefängnissen und unter gewerbsmäßigen Dieben unbekannt waren. Dieses Gemisch leht sich zusammen aus dem Gefängnis- und Diebesjargon einerseits und der Ausdrucksweise der „Hocker“ andererseits, das heißt der aus Verschickten und ehemaligen Zwangsarbeitern hervorgegangenen sibirischen Ansiedler. Sie sprachen leise, ruhig und sachlich. (Fortsetzung folgt.)

Als wir durch den Artikel im „Vorwärts“ erfuhren, daß der Herr Polizeipräsident uns als Anerkennung der geleisteten Arbeit während der Wahlwochen zwei Tage Urlaub zugestanden hat, waren wir alle selbstverständlich hoch erfreut. „Wie ist es eigentlich mit den Sondervergütungen, die Sie für die Tage, an denen Alarmzustand angelegt ist, erhalten?“ — Die Sondervergütung besteht darin, daß wir das in der Kaserne verabreichte Essen nicht zu bezahlen brauchen, sondern den Betrag dafür am Ultimo zurückgezahlt erhalten. Der Schupo schloß seine Darstellung mit den Worten: „Biele meiner Kameraden sind in den letzten 48 bis 60 Stunden überhaupt nicht aus den Kleibern gekommen...“

So tun die Polizeibeamten in schwerster Zeit ihre Pflicht. Leider sieht die Zukunft nicht so aus, als ob die Arbeit der Polizei abnehmen würde. Es erscheint deshalb gerecht, wenn die Polizei erwartet, für ihre verantwortungsvolle, aufopfernde Tätigkeit bei der Bevölkerung Verständnis und Anerkennung zu finden.

Bierjähriges Kind erstickt.

Verhängnisvoller Brand im Bohnkeller.

Bei einem Wohnungsbrand ist gestern das 4 Jahre alte Söhnchen des Kohlenhändlers Heidemann in der Mulackstraße 32 ums Leben gekommen.

Die Eltern des unglücklichen Kindes betreiben in der Mulackstraße einen Kohlenhandel. Während die Leute im Kohlenkeller mit der Abfertigung von Kunden beschäftigt waren, brach in der hinter dem Kellerladen gelegenen Wohnung aus noch unbekannter Ursache Feuer aus. Die Flammen griffen auf das Bett über, in dem der Bierjährige schlief. Als Frau H. einige Zeit später nach ihrem Kinde sehen wollte, fand sie das Zimmer zu ihrem Schrecken völlig in Qualm gehüllt vor. Der Kleine lag leblos in seinem Bett. Die alarmierte Feuerwehr löschte den Brand in wenigen Minuten. Gleichzeitig bemühten sich Samariter um das bewußtlose Kind. Alle Versuche, es ins Leben zurückzurufen, blieben jedoch erfolglos. Die Leiche wurde von der Kriminalpolizei beschlagnahmt.

Auto rast ins Meer.

Drei Tote als Opfer falscher Steuerung.

Paris, 14. März.

In Cannes geriet gestern das Auto eines ehemaligen Bürgermeisters, der mit Frau und Tochter in seinem Wagen eine Ausfahrt machte, infolge falscher Steuerung von der am Meer vorbeiführenden Hauptstraße ab und raste ins Meer. Trotz aller Bemühungen gelang es nicht, das Auto zu bergen. Die Insassen ertranken.

Freispruch der Gebrüder Saß.

Das Polizei- und Gerichtsglück der Gebrüder Saß ist fast sprichwörtlich geworden. Einmal jedoch schien ihnen das Glück untreu zu werden. Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte sie wegen verübten Münzverbrechens zu je 1 Jahr Gefängnis. Die Strafkammer wandelte die Gefängnisstrafe in drei Wochen Haft um, aus dem verübten Münzverbrechen wurde lediglich eine Beschaffung von Werkzeugen, zu deren Herstellung die Erlaubnis der Polizei erforderlich ist. Man habe, so heißt es in der Begründung, den Gebrüder Saß nicht nachweisen können, daß sie beschlagnahmte Zehnmarscheine herzustellen. Sie hatten nur „Studien“ zur Herstellung von Pässen betrieben. Die Werkzeuge, die sich in ihrem Besitz befanden, seien wohl geeignet gewesen, Wasserzeichen und die Wellen der Prägelinien auf den Zehnmarscheinen herzustellen. Es sei aber unmöglich, anzunehmen, daß die Gebrüder Saß, die wegen des Bankendrucks noch immer unter ständiger Beobachtung der Kriminalpolizei ständen, selbst die Zehnmarscheine verbreitet hätten. Eine Organisation zu einer derartigen Verbreitung hatten sie nicht zur Verfügung. Daraus sei zu folgern, daß sie überhaupt nicht die Absicht gehabt hätten, Zehnmarscheine herzustellen.

Das große Los.

In der Montagziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie entfiel auf das Los Nr. 218 308 die große Prämie von 500 000 Mark. Das Los wird in Berlin und in Westfalen gespielt, und zwar in beiden Abteilungen in Wächeln. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, sind die Gewinner keine Angestellte und Arbeiter.

Eine neue Stadtverordnete. Für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Geheimen Regierungsrat Pjundiner (Deutschnationale Volkspartei) ist die Bezirksverordnete Frau Ehrentraut Jahn, Berlin-Tempelhof, Geisericstraße 11, als Stadtverordnete eingetreten.

Erziehung zur Gemeinschaft

Eine Ausstellung der Gemeinschaftsschule Pankow

In den Kreis der Schulen, die in der letzten Zeit durch Ausstellungen und Vorführungen Wege und Ziele ihrer Erziehungsarbeit der Öffentlichkeit zeigten und dadurch bewiesen, wie sozialistische Kulturarbeit Träger der modernen Schulreform ist, gestellt sich mit einer ganz hervorragenden Ausstellung die Gemeinschaftsschule Pankow-Niederschönhausen, Bismarckstr. 11. In vier Räumen ist ein Ueberblick über die Art der Lehr- und Erziehungsarbeit gegeben. Hier gibt es keinen Stunden-, keinen Stoffplan. Jede Klasse ist eine Lebensgemeinschaft, die nicht nur in der Schule besteht, nicht nur Kinder und Lehrer umfaßt, sondern auch die Eltern (welche Selbstverständlichkeit eigentlich!) sind Mitglieder dieser Gemeinschaft, und ihre Arbeit hat oft hervorragenden Anteil an der Erziehungsarbeit der Schule, wie die Ausstellung an verschiedenen Stellen zeigt.

Die Ausstellung führt an einigen Beispielen vor, wie der Unterricht gestaltet ist. Zum Beispiel das Thema lautet: Um das Jahr 1500. Anstoß dazu gab eine Fahrt durch Fläming. Es entstehen einzelne Untergruppen, die von der Klasse gemeinsam oder einzelnen Arbeitsgruppen gelöst werden: 1. Marco Polos Reisen. 2. Aus der Geschichte des Papiers. 3. Reisen und Entdeckungen (Columbus, Vasco da Gama, Columbus und Cortez). Als Anschlußstück ergibt sich: Weltreisen von heute. Wie lebensvoll das Thema bearbeitet wird, zeigen die diesen ausgelegten Zeichnungen, illustrierten Aufsätze, Statistiken, Modelle usw. Neben dieser Arbeit an einem Hauptthema wird natür-

Schwabensreich des Arbeitslosen.

Der geplante „Ueberfall“ auf Direktor von Stauf.

Der Mann vor dem Schnellshöffengericht mit den tiefliegenden Augen, dem stehenden, fast starren Blick, kann nicht gesund sein. Seine wirren Briefe, seine Erklärungen in der Gerichtsverhandlung hätten die Anwesenheit eines Psychiaters wohl gerechtfertigt erscheinen lassen. Der Text fehlt aber, man erfährt so gut wie nichts darüber, wie es sich im Hirn dieses Mannes da auf der Anklagebank die konjunkturbedeuerlichen Pläne überhaupt festsetzen konnten. Er wird zu einer geringen Strafe verurteilt, der Freiheit wiedergegeben, vielleicht auf die Befahr hin, daß er eines schönen Tages irgendeinen wahnwitzigen Gedanken in die Wirklichkeit umsetzt.

Es ist der Mann, von dem die Zeitungen erst vor kurzem berichteten, er habe eine Verabredung zur Verabredung des Direktors der Deutschen Bank, v. Stauf, getroffen. W. stammt aus dem Schwabenland, er gehört einem wohlhabenden Bauerngeschlecht an, ist Metallkleber von Beruf. Seine Familie hatte durch die Inflation ihr Vermögen verloren, 1927 kam er nach Berlin, seit 1929 ist er arbeitslos. Seitdem fätsigte er in Legehallen sein Hirn mit der Lektüre über kriminelle Vorfälle. Aus den Anklagen gegen Bankdirektoren aus der Kagenellenbogen-Affäre wurde ihm der Name von Stauf geläufig. Da erinnerte er sich plötzlich an das „Unrecht“ der Inflation, fand den Sündenbock für all sein Unglück in den Bankdirektoren, verrannte sich in diese Idee und beschloß, sich auf seine Weise sein „Recht“ zu holen. Im Adressbuch stellte er die Adresse des Direktors v. Stauf fest, kundschaftete auch den Namen seines Chauffeurs aus und schrieb an diesen einen Brief, in dem er die sämtlichen Angehörigen des Herrn v. Stauf vor dessen Betrügereien, Veruntreuungen und Steuerhinterziehungen warnte. Der Brief wurde dem Hausdetektiv der Deutschen Bank übergeben, der Chauffeur mußte ihn beantworten; er erhielt auch einen zweiten Brief, in dem er über die Gewohnheiten des Herrn

v. Stauf ausgefragt wurde. Wieder war in diesem Brief allerlei Unfimm über die bevorstehenden Vernichtungen des Herrn v. Stauf als Zeuge. Die Beobachtungen des Detektivs ergaben, daß der Briefschreiber ein Phantast ist, der von einer Legehalle zur andern wandelt; man ließ also die Sache auf sich beruhen. Das war im November 1931. Anfang März d. J. bekam aber ein gewisser K. einen Brief, in dem auf die Kapitalisten und Bankdirektoren in konfusier Weise geschimpft und um eine Zusammenkunft auf der Jungfernbrücke gebeten wurde. Bevor sie zustande kommen konnte, hatte der Briefschreiber den K., dessen Adresse er aus einer Zeitungsnotiz über K.'s Ermittlung erfahren hatte, aufgesucht und ihm kurzerhand seinen Plan dargelegt, sich mit ihm zur Villa des Herrn v. Stauf zu begeben, Hausangestellte und Chauffeur zu überrumpeln, den heimkehrenden Direktor v. Stauf zu fesseln, dann per Telefon sich durch einen Boten Geld bringen zu lassen und in ähnlicher Weise auch mit einem zweiten Direktor zu verfahren usw. Er wolle sich, wie es bereits im Brief zu lesen war, durch Ausplünderung des Direktors schadlos halten; er wisse nicht, wozu er die nächsten Monate leben sollte. Der Briefempfänger tat das einzig Richtige, er ging zur Polizei. So wurde der „Plan“ vereitelt. Die Kriminalpolizei hat bestimmt richtig gehandelt. Falsch war es aber, die Sache vor das Schnellgericht zu bringen, anstatt den Geisteszustand des Mannes festzustellen. In der Gerichtsverhandlung erklärte er, es wäre „nie so weit gekommen“, er sei gar nicht der Mann dazu, an allem habe die Inflation schuld, er könne doch nicht mit 1,60 M. auskommen. Der Staatsanwalt beantragte wegen Verabredung zu einem Verbrechen 6 Monate Gefängnis, das Gericht verurteilte ihn zu 1 Monat und sah von einem Haftbefehl ab.

Der Mann sei dem zuständigen Wohlfahrtsamt zur Betreuung aufs entschiedenste empfohlen — bevor er ein Unheil anrichtet. Diesmal war es nur ein „Schwabensreich“.

Freie Sozialistische Hochschule

Sonnabend, 19. März, 10^{1/2} Uhr, im Plenarsaal des ehem. Herrenhauses, Leipziger Str. 3. Vortrag d. Gen. Hermann Wendel, Frankfurt a. M., über: „Goethe und die Gegenwart“

Karten zum Preise von 50 Pf. sind an den bekannten Verkaufsstellen zu haben. Karten für Erwerbslose u. Studierende zu ermäßigten Preisen an der Abendkasse

Drei Obergefreite von der Kavallerie.

Sie wollten ihrem Feldwebel an den Kragen.

Das schwerste Vergehen, welches das Militärstrafgesetzbuch kennt, nämlich militärischer Aufruhr und tätlicher Angriff auf einen Vorgesetzten der Wache, führte drei Obergefreite des Reiterregiments 4 in Potsdam vor die Potsdamer Schöffen.

Am 14. Dezember v. J. hatten die Angeklagten in der Kantine stark gezecht und waren dann in ein Tanzlokal gegangen, wo die Jucherei bis gegen 1 Uhr nachts fortgesetzt wurde. Schließlich zogen die Obergefreiten mit drei Mädchen unter Abhängen des Liedes „Das gibt's nur einmal“ den Schützenplatz in Potsdam entlang.

Pötzlich kam der Feldwebel Danischke vom Infanterieregiment 9 vorbei, und da er befürchtete, daß das Betragen der Soldaten das Ansehen der Reichswache schädigen könnte, ermahnte er die Untergebenen zur Ruhe und rief ihnen, nach Hause zu gehen. Dieser Aufforderung leisteten die Angeklagten nicht Folge, im Gegenteil, der Obergefreite Siegfried Jäger holte zu einem Schlag gegen den Vorgesetzten aus, der aber vorbeiging. Der Obergefreite bedauerte das noch zynisch und lief dann in der Richtung zum Potsdamer Friedhof davon. Der Feldwebel sah hinterher und nahm den Rückzug fest. Jäger und die anderen Angeklagten, Obergefreiter Franz Sauer und Fritz Genz, drangen nun auf den Vorgesetzten ein, zogen ihre Säbel und schlugen auf Damische ein. Damit nicht genug, wurde der Feldwebel mit schweren Faustschlägen blutig geschlagen.

Vierzehn Tage lang lag der Wundheilende krank. Zum Teil gaben die Angeklagten die Tat zu, moßen aber in sinnloser Trunkenheit gehandelt haben. Der Gerichtsarzt verneinte den § 51, da das Verhalten der Angeklagten wohl auf Trunkenheit, aber nicht auf sinnlose Trunkenheit deutete. Sowohl Vorgesetzte vom Reiterregiment 4 als auch vom Infanterieregiment 9 wohnten der Verhandlung bei, zu der 28 Zeugen geladen waren.

Das Gericht verurteilte alle drei Angeklagten zu je zwei Jahren Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Prozeß um verdorbene Fleischwaren.

Nationalsozialisten an Konserven erkrankt.

Braunschweig, 14. März.

Vor dem Schöffengericht begann die Verhandlung wegen der Verfüße gegen das Nahrungsmittelgeschäft in der Fleischwarenfabrik Struck in Giesmarode, die seinerzeit erhebliches Aufsehen erregt hatten. Bei einer polizeilichen Durchsuchung im November 1930 waren etwa fünfzig Zentner Fleisch- und Wurstwaren beschlagnahmt worden. Angeklagt ist der 30jährige Direktor Dr. Treitge. Die Verhandlung wird voraussichtlich eine Woche dauern, da 39 Zeugen und fünf Sachverständige geladen sind.

Ueber dreißig Nationalsozialisten, die am Sonntagabend in einem nationalsozialistischen Verkehrslokal in Freiburg i. Br. ihr Abendbrot aßen, erkrankten nach dem Genuß von Konserven, die vermutlich verdorben waren. 24 Erkrankte mußten in die medizinische Klinik eingeliefert werden.

Französisches Dorf niedergebrannt.

Nur noch ein Aschenuhaufen.

Paris, 14. März.

Ein folgenschweres Großfeuer brach in der vergangenen Nacht in einer kleinen Ortschaft in der Nähe von Rennes aus. Koch ehe die Feuerwehr aus den benachbarten Orten zur Stelle war, hatte der Wind die Flammen, die ursprünglich in einem Viehstall ihren Ausgang genommen hatten, auf die benachbarten Häuser übergemehlt, so daß in kurzer Zeit das ganze Dorf ein einziges Flammenmeer bildete. Der Bewohner bemühtigte sich eine Panik. Frauen und Kinder, die sich nicht rasch genug in Sicherheit bringen konnten, suchten Zuflucht in einem großen Backofen, der mitten im Dorf zur allgemeinen Benutzung erbaut war, und den sie erst wieder verließen, als das ganze Dorf nur noch einen Aschenuhaufen bildete. Das gesamte lebende und tote Inventar wurde ein Raub der Flammen. Der Sachschaden beläuft sich auf mehrere Millionen Franken und über 60 Personen sind obdachlos geworden.

77 Opfer des Schneesturms.

Moskau (über Kowno), 14. März.

Nach einer Meldung aus Tiflis kamen in der Umgebung von Araschenda 77 Personen, darunter zwei Lehrer und 25 Schüler, im Schneesturm um.

Um die Senkung der Strompreise.

Auf Wunsch des Mittelstandsartikels fanden mit der Bewag Besprechungen über eine Senkung der Strompreise statt. Nach eingehender Besprechung der Tarifbestimmungen der Bewag, unter besonderem Hinweis auf die zu hohen Grundgebühren und verschiedenen andere von der Verbraucherschaft als unangenehm empfundene Tarifbestimmungen, wurde an die Leitung der Bewag die Frage gestellt, ob sie bereit sei, ihre Tarifbestimmungen im einzelnen zu ändern und ihre Strompreise im allgemeinen zu senken. Der Verhandlungsleiter der Bewag erklärte, daß bei der bevorstehenden Forderung der Tarife die vorgebrachten Wünsche Berücksichtigung fänden. Wegen der Senkung der Strompreise werde sich der Vorstand mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats sofort verständigen. Die Abgaben von 224 Millionen an die Stadt Berlin ständen jedoch einer Strompreissenkung entgegen. Eine gleichmäßige Verteilung des an die Stadt abzuführenden Betrages oder, wie der Preiskommissar sagte, der indirekten Verbrauchssteuer auf alle Tarifstufen, sei deshalb nicht möglich, weil bei einer höheren Belastung die Großbetriebe immer mehr zur eigenen Stromproduktion übergingen.

Die Ordner für proletarische Feiertunden treffen sich am Sonntag, dem 20. d. M., 1/8 Uhr früh (pünktlich!) in der Volksbühne zum Dienst bei den Jugendweihen.

Aktive Wirtschaftspolitik — Heraus aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, so überschreibt Gen. A. Ellinger einen leidenschaftlich geschriebenen Leitartikel in der neuesten Nummer der Sozialen Bauwirtschaft, der sich temperamentvoll mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm beschäftigt.

FORMAN GEGEN SCHNUPPEN
BOGE 008 IN APOTHEKEN UND TABACQERIE

Max Hochdorf: Die Tugend hinter Gittern

Hätte ein Schriftsteller nur mit seiner Phantasie die Geschichte von dem Ungeheuer Margrit Page und dem Engel Sarah Turner erfunden, eine ganze Welt von vorwurfsvollen Tadeln würde ihn angegriffen haben: „Heda, Sie Aufschneider, wo soll es denn solch niederträchtiges Weisen wie Margrit Page lebendig gegeben haben? Wer soll Ihnen denn glauben, daß diese Frau imstande gewesen ist, 20 Jahre lang die klügsten Leute über ihre Hegeanlagen zu täuschen? Wo hat es aber auch eine solche schlichte, himmlische Kreatur wie Sarah Turner in der Wirklichkeit gegeben? Sie wollen doch nicht ernsthaft glauben machen, daß ein Mädchen bei gesunden Knochen und gesundem Verstand sich 20 Jahre lang so malträtiert hat, wie Sarah Turner es der Frau Margrit Page gestattete? Wo kann es doch nur purer Schwindel sein, daß Sarah Turner niemals auf den Gedanken kam, ihrer Dienstherrin Margrit Page einmal eine kräftige Portion Kaitengist in den Kaffee zu schütten. Statt dessen soll Sarah Turner nun vor dem Richter Randolph noch immer von ihrer Dienstherrin gesprochen haben: „Meine liebe gnädige Frau hat, meine liebe gnädige Frau wollte nur, ich meinte doch immer, es wäre das Beste, wenn ich mich dem Willen meiner lieben gnädigen Frau in Gehorsam fügte.“

Nun, Richter Randolph wurde nicht etwa ungeduldig, da er sich so vieler unglaublichen Vorgesandenen des Dienstmädchens Sarah Turner gegenüber sah. Er leitete auch diese Gerichtsverhandlung mit der Ruhe, die ihn stets auszeichnete. Er rückte, da er ja ein englischer Richter war, und da die Glitte der Londoner Gerichtsreporter jeden seiner Blicke und jedes seiner wohlüberlegten Worte mit scharfem Verstand und mit spitzer Feder überwachete. Richter Randolph rückte die mächtige, gefirnisierte Allongé-Berle, die seit Jahrhunderten die Zierde aller Richter Seiner Britischen Majestät ist, auf seinem parographenschnurverwundenen Kopfe zurecht. Dann wuschte er den Schweiß von der stets hellen und herrlich gemalten Stirn, denn das Wasser fließt in den Helmschneidern des kleinen, von zahlreichen Neugierigen überfüllten Gerichtssaals. Und hierauf wandte er sich der Verhandlung zu. Eine Minute musterte er durch seine untrüglichen, einen halben Zentimeter dicken Augengläser die Angeklagte, Frau Margrit Page, ihrem Verurteilten, dem Privatier, vermittelnd und Bescheidensdame der Gesellschaft für obdachlose junge Mädchen und ebenfalls Vorstandsmitglied der Gesellschaft zur Erhaltung der Sonntagschulen für Knaben und Erbauung. Ebenso lange betrachtete er die Nebenklägerin, Fräulein Sarah Turner, 33 Jahre alt, bis vor kurzem als drittes Hausmädchen bei Frau Page gemeldet und jetzt vertreten durch Rechtsanwalt Arthur Phillips. Schließlich ordnete er an: „Bitte, Frau Page, treten Sie in die Zeugenbank und erzählen Sie, was Sie zur Sache zu sagen haben.“

Frau Page, die allwöchentlich in ihrem schönen Haus die Vertreter der allerbesten und begütertesten Gesellschaften, besonders aber die Herren und Damen der von ihr mit hohen Beiträgen unterstützten Wohlthätigkeitsclubs zu versammeln pflegte, glaubte ihre Sache schon gewonnen, weil Richter Randolph so liebenswürdig mit ihr umging. Daher trat sie außerordentlich sicher auf und sagte: „Euer Lordschafft, das menschliche Gend ist in unserer Hauptstadt sehr groß, und die Schlingel, deren wir Damen vom Sozialen Hilfskomitee uns mit aufopfernder Nächstenliebe annehmen, rekrutieren sich aus den niedrigsten und rohesten Kreisen der armen Bevölkerung.“

Richter Randolph unterbrach: „Sie sollen erzählen, was in Ihrem Hause im besonderen vorging, und nicht Allgemeinplätze. Wo, Fräulein Turner gehörte zu Ihrem Wohlthätigkeitsprengel?“

Blickschnell Frau Page: „Als die Schwächste, als die Verlassenste. Die Mutter kümmerte sich nicht um das Mädchen.“

In diesem Augenblick zirpte eine Stimme: „Ach, meine arme Mutter, die doch stets —“ Es war die Stimme von Sarah Turner.

Doch Richter Randolph fuhr das Mädchen an: „Wollen Sie schwören, Sie Sie gefragt werden!“ Der Richter selbst war nicht mehr so liebenswürdig, wie er eben Frau Page behandelt hatte. Er heftete seine grauen, verlassenen Augen auf das Mädchen. Die Ralte lief dem Mädchen über den Rücken. Sie sprang auf, sie begann: „Wenn aber —“

„Wollen Sie“, so ließ Richter Randolph das Mädchen erst gar nicht ausreden, „wollen Sie mich nicht unterbrechen, wenn ich bitten darf!“

Sarah Turner hauchte: „Ja, nein, Euer Lordschafft — — —“ Hierauf sank sie wieder auf ihre Bank zurück. Sie hatte das Gefühl, seine Lordschafft nagelt mir mit seinem Blick die Junge an den Gaumen an. Darum konnte sie nicht weiter sprechen. Darum hörte man nur noch die Stimme von Frau Margrit Page, die unbeliebt und ablatend sicher fortfuhr: „So war sie immer, Euer Lordschafft, vorlaut, aufdringlich, schon vor 20 Jahren war Sarah Turner so, obwohl ich ihr, wie ich mich heute noch ganz genau erinnere, damals in dem Heim, als sie zum erstenmal zu uns kam, zwei Extraportionen Buchweizgrüße in Milch gekocht und mit Zucker und Zimt versehen ließ. Und warme Handschuh habe ich ihr geschenkt, mit echtem Pelzfutter, und die Gummischuhe, die sie heute noch an den Füßen hat, und der Hut und der Mantel und sogar der Regenschirm —“

„Bitte“, mahnte Richter Randolph, „gehen Sie nicht so sehr ins einzelne, lassen Sie sich kürzer!“

Frau Page hatte das Gefühl, daß man ihr den Atem abschneide. Richter Randolph wurde ja plötzlich unangenehm: Warum mißte er sich andauernd ein? dachte sie. Warum fängt er plötzlich an, seine Brille zu putzen und mich höhnisch anzuglänzen. Er scheint mich lächerlich zu machen. So ging sie zum Angriff über und fragte schnippisch: „Was soll ich Euer Lordschafft denn noch erzählen?“

„Was zur Sache gehört.“

„Auch die Gummischuhe gehören zur Sache und auch die reinwollenen Strümpfe! Als Sarah Turner zum erstenmal mein Haus betrat, warf sie sich mir zu Füßen, da umarmte sie meine Knie und rief ein über das andere Mal: „Ach, meine liebe gnädige Frau —“

„Das war doch schon vor 20 Jahren, Frau Page!“

„Nein, Euer Lordschafft, das war noch vor einem Jahr! Manchmal hatte Sarah ja Augenblicke, wo ihre Seele nicht so verstockt war. Dann aber wußte ich mir keinen Rat mehr. Ich —“

Jetzt hielt es Rechtsanwalt Arthur Phillips für notwendig, einzugreifen. Und er sagte förmlich: „Ich protestiere auf das energischste gegen diese einseitige Darstellung des Sachverhalts. Wenn wir der Angeklagten hier Gelegenheit geben, sich in langwierigen psychologischen Auseinandersetzungen gehen zu lassen dann werden wir um Mitternacht noch hier im Gerichtssaal sitzen.“

Die Stimme des Rechtsanwalts klang hart und angriffslos. Und beleidigt schaute Frau Page ihn an: „Ich lasse mir nicht die Freiheit rauben, ganz klar in die Schlichtheit von Sarah Turner hineinzuleuchten. Sie wollte das Essen, das ihr vorgelegt wurde, nicht mehr annehmen.“

Rechtsanwalt Phillips: „Weil sie krank wurde von dem Essen, das Sie ihr anzubieten magten. Doch jetzt ist es Zeit, daß Sie mir Rede und Antwort stehen, Frau Page.“

Frau Page wandte sich hilfesuchend an den Richter: „Ruh

ich antworten, auch wenn der Herr Rechtsanwalt jede Höflichkeit mir gegenüber vernachlässigt?“

Richter Randolph antwortete: „Ueber die Höflichkeit des Herrn Anwalts bestimme ich.“ Und Anwalt Phillips neigte sich weit zu Frau Page hinüber und sagte: „Ich bitte die Angeklagte uns darüber aufzuklären, ob es wahr ist, daß sie 20 Jahre lang Fräulein Sarah Turner zur Nacht an das Bett angebunden hat, und ob es ferner wahr ist, daß sie am Tage die Kammer des Mädchens zu verriegeln pflegte?“

Frau Page empört: „Sie hätte sich ein Verbs angetan, denn

Landstörzer: Kleine Irrtümer

Die italienischen Landstraßen sind zum Verzweifeln. Man wadet bis an den Knöcheln in weißem mehlartigem Staub und sieht am Abend aus wie ein Bäcker. An den Rändern gibt es keine Bäume, in den Straßengraben wachsen statt des bel uns so oft besungenen kühlen Grases stachelige, mit der Zeit auch weiß gemordene Disteln.

Wo soll man sich also hinsetzen, wenn man, halb irrsinnig vor Hitze, durch den weißen blendenden Staub taumelt und das geradezu brennende Bedürfnis hat, sich auszukühlen?

Sehen Sie, so war es damals. Ich taumelte, weil absolut kein Schatten zu entdecken war, trostlos weiter. Allmählich begann sich eine allgemeine Anathie meiner zu bemächtigen. Ich hatte es aufgegeben, nach einem Schatten zu spähen. Deshalb wollte ich auch erst an dem kleinen schwindelartigen Häuschen vorbeigehen, das links am Straßensrande stand, und wäre aus seinem Innern nicht ein allzu verlockender kühler Luftzug gekommen, hätte ich es auch getan. So sah ich eine halbe Minute später drin auf einer kühlen Steinbank und war glücklich.

Es war das seltsamste Haus, das ich in meinem Leben gesehen hatte. Eine Vorderwand gab es so gut wie nicht. Dazu war es nur zwei Meter breit und anderthalb Meter dick. Der einzige Einrichtungsgegenstand war die bereits erwähnte steinerne Bank, auf der ich mich glücklich streckte.

Da kamen draußen zwei kleine Jungen vorbei. Und nun geschah etwas Seltsames. Sie verbeugten sich vor mir bis zur Erde und schlichen schon vorüber. Es war verblüffend. Italienische Kinder grüßen sonst keinen fremden Menschen. Ich hatte mich noch nicht von meinem Staunen erholt, als eine alte Frau vor mir in die Knie sank und eine Weiße in dieser demütigen Haltung verblieb. „Steh auf, Mutter“, murmelte ich fassungslos. Sie war bereits wieder davon.

Was denn — hatte ich Halluzinationen? War ich von der Hitze irrsinnig geworden? Aber nein, eben ging wieder ein unglaublich zerkloppter armer Bauer vorüber, warf sich vor mir in den Staub und beschwor mich mit erhobenen Händen. Er sah schrecklich aus, ein echter armer italienischer Bauer, verhungert und schlecht gekleidet, aber wollte er etwa deshalb etwas von mir —? Das konnte nicht mit rechten Dingen zugehen.

Ich wurde eine Minute später davon überzeugt, daß hier wirklich etwas nicht mit rechten Dingen zugeht. Ein unglaublich dicker Potter nämlich stürzte plötzlich mit lautem Gebrüll auf mich zu. Er packte taum in die Tür des unscheinbaren Häuschens. Und was er alles schrie. Ich wäre ein Vermorener und hätte die vierundachtzigste Station zum Wallfahrtsort des achten Unterleibknochens des heiligen Jippedäus entheiligt. Jamohl, das meinte der würdige Vater. Was ich entschieden bestritt. Jedenfalls war es wieder aus mit der kühlen Kost. Die braven Leute hatten sich gar nicht vor mir verneigt. Sie waren so gottesfürchtig, daß sie ihre Augen noch nicht einmal bis zur Gebetbank, auf der ich lag, erhoben.

Ich mußte wieder hinaus auf die mehlig glühende Straße. Mit lehnfüchtigen Blicken schied ich von der kleinen heiligen Wille. Es war ein lächerlicher Irrtum meinerseits.

Mein Freund Heinrich war ein vornehmer Mann in allen Lebenslagen. Wachte ich mich zum Beispiel über seinen unförmigen Kalabreser Kutscher, so sah er mich eine Weile wehmütig an und bemerkte geschleppend: „Du Stinktier von einem verlauchten Landstörzer hat natürlich nicht den leisesten Fegen von Lebensart an dir. Jetzt laßt du Schweinehund über mein Hütchen. Wenn sich später sämtliche Mäusen um ihn reihen werden, wirst du Idiot nicht mehr lachen.“

Gonau so vornehm war er. Aber seine Bornedtheit, sein bezauberndes Benehmen standen in keinem Verhältnis zu seiner ungläublichen Kleidung. Es war daher mehr als einmal der Fall, daß wir wegen ihr peinliches Aufsehen erregten, wo wir es nicht nötig gehabt hätten. In solchen Augenblicken rettete uns dann immer wieder seine unnahabmliche Art der Konversation, seine blitzende Sprache und die Würde seiner Haltung.

Als wir kurz vor Nizza fröhlich dem Meere zuschritten, vertrat uns plötzlich ein Polizist den Weg. „Halt!“ rief er, „halt!“ Er betrachtete uns eine Weile mit den Augen eines jodistischen Korporals und sprach dann wieder los: „Diab! ihr seid zwei deutsche Landstörzer und habt keinen Sous in der Tasche. Ihr kommt mit zur Wache.“

„Monieur“, bemerkte mein Freund eilig, „ich muß Sie bitten, zwei Ausländern gegenüber mehr Anstand aufzubringen. Sie sind bestimmt Familienvater und nur deshalb habe ich noch soviel Herz, keine Beschwerden einzureichen, um Ihre unschuldigen kleinen Kinderchen nicht an den Bettelstab zu bringen.“

Der Polizist jockte nach Lust. „Mit zur Wache!“ brüllte er endlich. „Hat man so etwas schon gehört? Du kommst noch heute ins Gefängnis wegen Beamtenbeleidigung! Los, los!“

„Monieur“ — Heinrich trakte sich mit einer unnahabmlichen Geste am Kinn — „Monieur, sind Sie sich dessen ganz sicher, daß wir Vagabunden sind? Können Sie mit ruhigem Gewissen Ihre echt unfranzösischen unartigen Ausdrücke wiederholen? Haben Sie ganz Ihre süßen Kinder und den Bettelstab vergessen?“

Es wurde zur Tatsache, der Polizist schien schwanzend zu werden. Er starrte eine Weile auf unsere fragwürdigen Kumpon. „Wenn ihr keine Vagabunden seid“, stieß er dann hervor, „müßt ihr Geld bei euch haben. Ich habe Befehl, jeden Ausländer, dessen Vermögen nicht die Höhe von hundert Franken erreicht, auszuweisen.“

Heinrich lächelte zustimmend. „Sie sind ein pflichtgetreuer Beamter“, meinte er mit warmer Stimme. „Wir aber rann ein Schauer den Rücken hinunter. So dicht schon am Meer und jetzt ins Gefängnis —“

„Also, los, los“, drängte der Polizist, „haben Sie Geld?“

„Ich denke an Ihre Kinderchen und will Ihnen nicht die Karriere verderben, Monieur“, lächelte mit unverkämter Eleganz mein Freund Heinrich, griff in die Tasche seines spitzen Jacketts,

ste war ja so widerpenstig, so niederträchtig, als wenn sie vom Teufel besessen wäre.“

Rechtsanwalt Phillips: „Und einem vom Teufel besessenen armen Mädel braucht man natürlich kein Tageslicht zu gönnen und auch keine frische Luft! Einem vom Teufel besessenen Mädel brauchen Sie natürlich auch keinen Lohn zahlen, obwohl Sie ihr beim Dienstantritt 3 Pfund im Monat versprochen hatten! Stimmt das, Frau Page? Sind Sie, Frau Page, nicht Ehrenmitglied des Klubs zur Verbeirung der Nächstenliebe unter den verlassenen Mädchen?“

„Deshalb nahm ich mich der verwahrlosten Sarah Turner auch mit aller Energie an. Wenn ich noch einmal darlegen darf —“

„Wenn Sie noch einmal darlegen wollen, warum sie 20 Jahre lang dem Fräulein Turner ihren Lohn nicht gegeben und ihr gesagt haben, daß Sie den Lohn regelmäßig der Mutter zugeführt haben.“

(Schluß folgt.)

entblätterte sein Fleppensbüdel und zeigte dem Beamten — Hundertmarkcheine, Tausendmarkcheine —, ach, ich sah darunter noch Zehntausend-, Hunderttausend-, Millionenscheine liegen. Der Polizist nahm plötzlich Haltung an. „Pardon, Messieurs“, murmelte er, „tausendmal Pardon, daß ich Sie belästigt habe.“

„Macht nichts“, winkte Heinrich vornehm ab. „Sie sind ein pflichtgetreuer Beamter. In Zukunft aber dürfen Sie sich nicht allzusehr durch die Kleidung beeinflussen lassen. Der Gehalt macht’s.“ Er hob mit Nonchalanz den Finger an den Rand des unförmigen Kalabresers und wir entfernten uns. Wir schritten heiter dem blauen Meere zu.

„Manche Leute sollen sich mit dem gleichen Inflationsgeid die Zimmer tapezieren“, lachte Heinrich, „für uns ist es ungleich wertvoller. Sie irren sich immer, die ausländischen Polizisten und fallen auf den Bluff herein.“

Ich sagte nichts mehr, denn eben tauchte ein tiefblauer, strahlender Streifen vor uns auf. Das Meer.

Ich sah einen Mann mit Scheuerlappen handeln. Das ist im allgemeinen erstens keine Schande und zweitens auch nichts Außer-gewöhnliches. Aber in diesem Falle war es doch etwas Außer-gewöhnliches, denn der Mann stand auf seinem deutschen Wochenmarkt, sondern an der dunklen Gassecke der Charee Charkas in Suez. Um das Außergewöhnliche noch mehr zu betonen: Der Mann steckte in einem Burnus, der noch nie auch nur im entferntesten mit Wasser in Berührung gekommen war und ich wäre eine Weiße auf hundert Pfaster eingegangen, daß es mit seinen Beinen ebenso stand. Da er nun ein ausgesprochener Typus seiner Art war, tauchte von selbst die Frage auf, wozu die Scheuerlappen, farblose, grobmustringe Lappen, vonnöten waren. Die langbärtigen Männer, die sie trugen, und die sich in ihrem langen Leben auch nicht ein mal die Füße wuschen, wozu brauchten sie sie? Zum Reinigen ihrer Hüttenfußböden? Das konnte man schlecht annehmen, sie bestanden aus festgestampften Lehm. Wo wozu?

Der Verkäufer sah an seiner Hauswand und hatte die mysteriösen Lappen vor sich im Strohschub, in unmittelbarer Nähe von Kamelmist und anderem Unrat, aufgestapelt. Ganze Wolken weißen Staubes legten sich auf sie, wenn jemand unter hallig seinen Esel vorbeitrieb oder wenn die Spaziergänger selbst ein wenig mit den Füßen schurrten. Der weißbärtige Verkäufer blieb in seiner philosophischen Ruhe sitzen und blickte finned auf die Scheuerlappen. Ab und zu kam jemand, suchte sich unter lautem Geschrei einen Lappen aus der Mitte heraus, warf die anderen achtlos in den Staub zurück und bezahlte einen Pfaster.

Und mit einem Male kam mir die Erläuterung.

Ein neuer Käufer tauchte auf, handelte eine Weiße um den Lappen, warf ihn dann wieder in den Staub, haarfari neben dem Kamelmist, und zog mit einiger Würde den untersten hernor. Darauf er mit befriedigtem Grinsen abzog.

Er lehte sich mit immer noch befriedigtem Grinsen mir gegenüber, breitete den Lappen auf seinen Knien aus, legte ein paar grüne Blätter hinein, ordnete oben auf symmetrisch vier Datteln, zog aus einer weiten Falte seines Burnusses eine Flasche und besprengte das ganze mit Del. Aus einer anderen Falte tauchte ein Fisch auf, der das Ragout malerisch frönte. Mit geschicktem Griff war der Scheuerlappen zusammengerollt und bildete eine halbmeterlange Wurst.

Und nun — begann er sie mit behaglichem Schmahen aufzuessen. Ja, eigenartigerweise auch den Lappen, den schmutzigen Scheuerlappen, der am untersten in Staub gelegen hatte. Es war nämlich gar kein Scheuerlappen, haha, es war einer der armenigen Brotstuden aus Maismehl, und der Verkäufer war ein ehrlicher Bäcker.

Aber das habe ich erst später herausbekommen.

Ein Heldenhain in Amerika

Ein Gegenstück zu dem für Deutschland vorderehenden Reichsheldenhain zu Berka wird gegenwärtig in Amerika geplant. Der Hain soll von den Vereinigten Staaten und Kanada gemeinschaftlich angelegt werden in einem ungeheuer großen Walde, der an der Grenze beider Staaten liegt. Ein Teil des Ehrenhaines soll dann also auf kanadischem Boden in der Provinz Ontario, der andere in U.S.A., im Staate Minnesota, liegen. Er soll 180 Meilen lang und 120 Meilen breit sein. Der Wald liegt in dem sogenannten Rainy Lake, dem Regensee distrikt, einer Gegend, die sich verhältnismäßig wenig verändert hat seit der Zeit vor dem Eindringen der Weißen. Es leben dort noch Indianerstämme, die Dikway-Indianer, die eine höchst primitive Lebensweise führen. Sie durch Jagd, Fischfang und Fallenstellen ernähren. Sie sollen zum Teil noch in Wigwams wohnen und in birkenen Canoes durch die vielen Seen fahren, die dem Distrikt den Namen geben. Da der Plan, an dieser Stelle den „Friedenshain“ zu schaffen, schon seit einigen Jahren in der amerikanischen Öffentlichkeit erörtert wurde, so ist der Wald ein Ziel für Ausflügler geworden und es hat sich dort ein reges Leben entwickelt. Ebenso wurde der Distrikt, da dort eben viel Wild heimisch ist, ein Mittelpunkt des Pelzhandels. Ein Naturschutzgesetz, das die Erhaltung dieses Urwaldes bezweckt, ist in der letzten Session des amerikanischen Kongresses beschloffen worden.

Kein Geräusch während des Essens. Ein englischer Arzt, der lange Jahre hindurch das Geheimnis der Nahrungsmittelverdauung studiert hat, ließ kürzlich über seine dabei gemachten Feststellungen eine Schrift erscheinen. In derselben hebt er hervor, daß heftige Geräusche die Verdauung erheblich stören. Er schimpft gegen die läbliche Gewohnheit, daß viele Leute während des Essens das Radio oder ein Grammophon spielen lassen. Auch versteht er es nicht, daß die Leute, die in einem Restaurant, wo während der Essenszeit eine Jazzbandmusik erklingt, ihre Mahlzeit einnehmen, sich hierüber nicht beschweren. Wer sich eine gute Verdauung und eine dauernde Gesundheit sichern wolle, der müsse, so behauptet der englische Arzt, in größter Ruhe essen.

Eisenherren ruinieren den Export.

Kampf um die Abi-Verträge. — Der Sumpf des Eisenmonopols ist auszutrocknen.

Zwischen den Eisenarbeitern und den Eisenherren ist es zu einem offenen Kampf gekommen, bei dem es um wichtigste volkswirtschaftliche Interessen geht. Es geht um einen höchst einfachen, aber

gesamtwirtschaftlich höchst bedeutsamen Sachverhalt.

Im Jahre 1926, gelegentlich der Wiederaufrichtung der Eisentabelle, haben die Eisenherren und die eisenerzeugende Industrie einen Vertrag geschlossen, den sogenannten Abi-Vertrag (Abi = Arbeitsgemeinschaft der eisenerzeugenden Industrie). In diesem Vertrage haben sich die Eisenherren gegenüber den Eisenverarbeitern dazu verpflichtet, für die für Exportwaren verarbeiteten Eisenerzeugnisse den Eisenverarbeitern Rückvergütungen zu gewähren. Die Eisentabelle waren nämlich wieder eingeführt worden, und außerdem sollte die Internationale Rohstahlgemeinschaft abgeschlossen werden, die der deutschen Eisenindustrie die volle Herrschaft auf dem deutschen Markt gewährleisten sollte. Die exportierenden Eisenherren sollten die Differenz zwischen den Weltmarktpreisen und den höheren deutschen Eisenpreisen ausgegahlt erhalten, damit sie bei der Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht schlechter gestellt sind als ausländische Eisenherren, die von der deutschen Eisenindustrie ihre Eisen- und Walzwerkprodukte zu Weltmarktpreisen beziehen können. Der Vertrag kam unter Förderung des Reichs zustande.

Bis zum Jahre 1930 ging alles einigermaßen gut. Dann kam die Krise, es kam der Absturz der Weltmarktpreise, es kamen einige von der deutschen öffentlichen Meinung erzwungene Eisenpreissenkungen, es kam ein unerhörtes Einschrumpfen des inländischen Eisenverbrauchs, und die Erlöse der Eisenindustrie gingen stark zurück. Die letzte Eisenpreissenkung für Anfang Dezember vorigen Jahres wurde dann von der Eisenindustrie zum Unfah genommen, sich um die Abi-Rückvergütungen mehr und mehr zu drücken.

Als England seine Währungsstabilität aufgab und der deutsche Eisenexport noch mehr erschwert wurde, ließen die Eisenherren es sich gefallen, daß ihnen ein höherer Weltmarktpreis bei der Berechnung der Abi-Rückvergütung angerechnet wurde, als es den Tatsachen entsprach. Heute ist diese Verletzung der Vergütungen nicht mehr tragbar. Die Verschärfung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt, die gegenseitige Abschmierung aller Länder macht die denkbar schärfste Kalkulation für die Eisenherren zu einer Lebensfrage. Die Eisenherren haben die Erfüllung des Abi-Vertrages verweigert.

Gegenwärtig ist die Lage so, daß einem Weltmarktpreis von 52 Mark für die Tonne Stabeisen ein inländischer Verbraucherpreis von 107 Mark gegenübersteht und daß unter Abzug der jetzt noch bestehenden Vergütungen das für Exportwaren verwendete Eisen den deutschen Eisenherren für 40 bis 50 Mark teurer geliefert wird als der ausländischen Konkurrenz. Es ist selbstverständlich, daß das nicht geht, weil unvermeidlich bald noch ein weiteres Hunderttausend deutscher Arbeiter durch den Exportverlust auf der Straße liegen wird.

Wünsche und Schuld der Eisenherren.

Die Eisenherren tun so, als ob sie im Recht wären. Heute seien andere Verhältnisse als zur Zeit des Vertragsabschlusses. Sie könnten die Rückvergütungen einfach nicht zahlen. Die von ihnen im einzelnen gemachten Vorschläge (Wegfall aber, nur teilweiser Erlass der Weltmarktpreisdifferenz je nach dem Anteil des Eisens an den Exportwaren, Wegfall der Vergütung bei den Kleinverarbeitern überhaupt, Teilvergütung nur zu einem Bruchteil des Zolls von 25 Mark je Tonne usw.) sind für das Problem nicht so wichtig. Jedenfalls behandeln sie den Abi-Vertrag als einen leeren Papiertüchlein und gefährden den Export der für Deutschland entscheidend wichtigen eisenerzeugenden Industrie mit der Wirkung, daß der Export überhaupt zum Erliegen kommen kann. Das im Vertrag eingeschlossene Schiedsgericht wollen sie nicht anerkennen, den Vertragsspruch eines Unparteiischen lehnen sie ab, das von ihnen zugestandene Schiedsgericht verschleppt nur den Streit und läßt den Arbeitern nichts. Die Eisenherren haben jetzt angekündigt, daß sie die Erfüllung ihres Vertrages vor den ordentlichen Gerichten durchsetzen wollen.

Nun sind die Eisenherren gewiß in keiner rasigen Lage. Es gibt unerschöpfliche Schwierigkeiten; dazu gehört die Exporterschwerung durch die Währungsverwertung. Dazu gehört auch die ausländische und inländische Geld- und Kapitalverwertung durch die Kreditkrise. Niemand kann aber schon die deutsche Eisenindustrie für die schädlichen Folgen der Konjunkturabläufe selbst schuldig halten wollen. Das ist zuviel verlangt, wenn es den Eisenherren auch noch so wenig in ihre Politik paßt.

Die Hauptschuld für die miserable Erlös- und Absatzlage tragen die Eisenherren und ihre Kartelle selbst.

Wenn man eine Karte will, wenn man Erlöse will, die noch einen Gewinn lassen, dann muß man in guten Zeiten dafür sorgen, daß man für die schlechten Zeiten Reserven hat und darf sie nicht nutzlos verbauen. Dann muß man eine Preispolitik treiben, die den Absatz fördert, statt ihn zu schwächen. Dann muß man eine allgemeine Wirtschaftspolitik verfolgen, die den Binnenmarkt so aufnahmefähig als möglich erhält, um auf dieser Grundlage im Ausland so viel und so billig als möglich absetzen zu können. Dann muß man vor allem ein Augenmaß haben für die auf längere Sicht im Ablauf der Konjunktur tragbaren Zins- und Vertragsverpflichtungen.

Der unerhörte Anstieg der schwedischen Exporterlöse ist von uns oft genug aufgezeigt worden. Die Lohnsenkungen sind nirgends so weit getrieben worden wie bei der Eisenindustrie; aber sie wurden schließlich wirkungslos, weil die fixen Kosten viel schneller wuchsen als alle Entlohnungen auf dem Lohnkonto. Das war unvermeidlich, weil man sich unbegreiflich falschem Augenmaß Ueber- und Fehlneigungen mit leistete. In der Preispolitik betreiben die Kartelle reinen Abzugsvertrieb: die nach der Konjunkturlage unvermeidlichen Preisentsetzungen ließ man sich erst noch schmerzhaften öffentlichen Meinungsäußerungen ausdrücken; eine Abschmierung konnte durch solche Preispolitik nie erreicht werden. Man kündigte Preisentsetzungen an und führte sie erst viele Wochen später durch, weil dann gerade Lohnsenkungen fällig waren. Der unvermeidliche Käuferstreik hat dann die Absatzlage weiter er-

schwert. Dann handelte man bei den Preisentsetzungen einfach unkaufmännisch. Man kündigte beim Stabeisen an, daß man von 125 auf 100 Mark zurückgehen werde, man machte dann einen Preis von 115 Mark und gab einen Teufelsabstich. Der Eisenherren wäre töricht gewesen, der nicht eine weitere Preisentsetzung erwartete. So verdrängen sich die Eisenherren selbst ihren Markt.

Grundsätzlich verfehlt war die Wirtschaftspolitik der Eisenherren. Ihre Kartellpolitik war rückständig und unwirtschaftlich. Die ganze Kraft der Kartellverteidigung wußte sich deshalb gegen den Lohn richten. So war die Eisenindustrie das Zentrum der sozialen Reaktion. Da Sozialreaktion ohne Bundesgenossen politisch nicht leicht durchzuführen ist, verbündete man sich mit dem reaktionärsten Großgrundbesitz und den städtischen Hauseigentümern. Den Hauseigentümern half man bei der Zerstückelung des öffentlichen Wohnungsbaus, so verstopfte man die wichtigste Quelle für den inländischen Eisenablauf. Für die Großgrundbesitzer trieb man Heiligerhaltung, förderte die landwirtschaftliche Verschuldung, verhinderte die Reinigung auf dem Gütermarkt und benachteiligte die Bauern beim Fohlschuh. Mit den Bauern stiftete die städtischen Verbraucher-massen Not, denn irgendeiner mußte die Kosten für die großagrarische Subventionspolitik tragen. Die Folge war, daß die Konsumindustrie sich weniger entwickelte, weniger Maschinen gebrauchte, als es möglich gewesen wäre. Die Steuerlasten hat man durch die großagrarische Subventionspolitik erhöht.

So hat die Eisenindustrie auf der ganzen Linie durch eigene Schuld ihre schwierige Lage zum größten Teil selbst herbeigeführt. Vorgesekern kämpfte sie mit Hitler „gegen das System“. Es ist begreiflich, daß man sich heute von den Abi-Rückvergütungen drücken will; der Staat aber, der das zulassen würde, pensioniert sich selbst.

Die falsche Front der Eisenherren.

Aber auch die Eisenherren, so sehr sie sachlich im Recht sind, haben subjektiv keinen Grund zur Beschwerde. Seit 1926 standen sie in einer falschen Front. Auch ihnen war das Anschauen gegen die Löhne das Wichtigste, sie haben die ganze volkswirtschafts-schädliche Politik der Eisenherren vom Anfang bis zum Ende mitgemacht. Uns sind gewiß die Zwangslagen nicht verborgen, die den Syndikat der Eisenherren eine ehrliche Wahrnehmung der Interessen der eisenerzeugenden Industrie erschweren. Die Herren riskieren ja ständig ihren Kopf, wenn sie irgendwie gegen die Politik der Schwerindustrie etwas unternehmen. Aber wenn sie heute von den Eisenherren schmachvollen Untertan ernten, so haben sie das ihrer eigenen Lorbeer zuzuschreiben.

Das ändert freilich nichts an der berechtigten Empörung, in der

sich heute die Eisenherren befinden, und an den volkswirtschaftlichen Schäden, die das Verhalten der Eisenherren hervorruft. Der Eisenanteil von 20 bis 40 Proz. und mehr der Kosten ist hoch. Aus der Senkung der Löhne können sie nichts mehr herausquetschen. Wenn die Eisenherren überhaupt Kredite erhalten, sind sie zu teuer. Stellen und Exekutionen gibt es bei der Schwerindustrie überhaupt nicht — die hat sich hoch genug verschuldet —, bei den Eisenherren sind sie an der Tagesordnung. Dazu nehmen die Exportentlohnungen auch den besten Betrieben gegenwärtig jede Luft zum Atmen. Es ist selbstverständlich, daß unter solchen Verhältnissen die Eisenherren aufschreien und ihr Recht fordern, auch wenn sie betrogene Betrüger sind.

Der Staat muß handeln.

Aber wie die Schuldfrage hier auch liegt: Deutschland kann sich den Streit zwischen diesen beiden Gruppen nicht leisten. Auf die Entscheidung der ordentlichen Gerichte, die Jahre ausziehen kann, können die Eisenherren und die von ihnen heute noch Beschäftigten nicht warten. Es liegt hier eine Frage von solcher allgemeinen Bedeutung vor, daß der Staat eingreifen muß. Das Reich hat 1926 seinen Segen zu dem Vertrag gegeben. Das Reich hat 1932 für die Vertragserfüllung Sorge zu tragen.

Man hat den Eisenherren viel zu lange erlaubt, den Staat als Kardinale und die Gesamtheit als Huhn zu betrachten, das man ungestraft rupfen darf. Auch jetzt noch kann mit einem Schlage die Lage der Eisenindustrie im kaufmännischen Sinne verbessert werden, wenn man die finanzielle Reinigung in dieser Industrie erzwingt. Die Zeit der Abwertung der nicht ausgereizten Anlagenvermögen und der Fehlinvestitionen ist gekommen. Führt man endlich diese Abwertung durch. Die Bankenvereinigung ist nicht deshalb gemacht worden, damit man die längst notwendige gründliche Vereinigung in den Kartellindustrien unterläßt. Den Eisenherren muß die Kurze genommen werden, daß sie nicht mehr weiter können. Man muß sie weiterzwingen. Nachdem man jahrelang gesündigt hat, hilft jetzt nichts als der radikale Schritt bei den Anlagenerneuerungen und die Erzwingung des Abi-Vertrages.

Hat denn der Staat keine Machtmittel gegenüber den Eisenherren? Wenn Eisentabelle mißbraucht werden, kann man sie beseitigen. Dem Gebietschutz ein Ende machen, ist wahrlich keine Kunst. Wenn der Staat will, kann er auch die Kartelle beseitigen. Das sollen die Eisenherren nicht vergessen. Aber es gibt noch ein sehr einfaches und sehr praktisches Mittel, wenn man nur den Abi-Vertrag sichern will: möge der Staat die Zollfreiheit für Versendungsgegenstände anordnen. Die Eisenherren haben die Wahl. Im Staat ist es zu handeln.

Zerbricht Kreugers Weltmacht?

Das ungewisse Schicksal des Schwedentrustes.

Es liegt auf der Hand, daß Kreugers weltumspannende Konzernkonstruktion, die einzig und allein Kreugers Wert war, die die Sanierung des Trusts außerordentlich erschwert. Die Basis dieses unter dem Namen „Schwedentrust“ in der ganzen Welt bekannten Rammunternehmens bildete das kleine unsehbare Zündholz. Mit der Gründung der Svenska Taendstick A. S. (Schwedische Zündholz A. S.) gelang es Kreuger zunächst, im eigenen Lande ein Monopol zu schaffen, und als dieser Punkt erreicht war, begann er planmäßig das Ausland zu bearbeiten. Als das Ausland seinen erfolgreichen Export durch Zölle zu hindern suchte, errichtete er eigene Fabriken in den verschiedenen Ländern.

In 150 Zündholzfabriken mit etwa 60 000 Arbeitern beherrschte die Svenska vier Fünftel der Weltproduktion an Zündholzern.

Charakteristisch für die Methoden Kreugers aber war der Erwerb von Staatsmonopolen gegen Bewährung von Staatsanleihen. Besonders in den Ländern mit ewiger Finanzmisere war es ihm ein Leichtes, mit Hilfe des goldenen Schlüssel als Türen zu öffnen. Es handelte sich bei diesen Anleihegeschäften aber nicht etwa nur um unbedeutende kleine Staaten wie Lettland, Griechenland und Ungarn, sondern auch führende europäische Großmächte standen in der Liste Kreugerscher Schuldner. Fast grotesk mutet es an, daß Frankreich, heute das reichste Land der Welt, sich 1926 bei Jvar Kreuger 75 Mill. Dollar leihen mußte. In Erinnerung ist noch die 125-Mill.-Dollar-Anleihe, die Deutschland 1929 gegen Abtretung des Zündholzmonopols erhielt. So hat der Schwedentrust 14 Staaten Anleihen in einem Betrage von rund 1,2 Milliarden Mark gewährt.

Um sich zur Durchführung dieser großen Kapitaltransaktionen die notwendige finanzielle Beweglichkeit zu verschaffen, hatte Kreuger schon frühzeitig mit englischem und amerikanischem Bankkapital Fühlung aufgenommen. In England war es das Bankhaus Higginson in London und in New York das führende Bankinstitut Lee, Higginson u. Co., die

Kreugers Finanzierung in den angelsächsischen Ländern

übernahmen. Mit Hilfe dieser Banken erwarb Jvar Kreuger in England eine starke Minderheit (30 Proz.) bei der British Match Corporation (Brit. Streichholz-Gesellschaft) und gründete in Amerika 1923 die International Match Corporation, in der die Interessen von 42 internationalen Streichholzfabriken gebunden wurden. Von dieser Gruppe aus liefen Querverbindungen zur Rodex-Gruppe (Standard Oil). Seit der Einführung der Svenska-Aktien an der Londoner und New-Yorker Börse hat sich dieses Kreuger-Papier zu einem der bekanntesten und begehrtesten internationalen Werte entwickelt.

Neben dem Zündholzblock Svenska bildet die Kreuger und Toll Aktiengesellschaft den eigentlichen Kern des Schwedentrustes. Dieses Unternehmen ist die Finanzierungs- und Verwaltungsgesellschaft der Jvar Kreuger'schen Interessen. Die Bestürzung, die Kreugers Tod an den Börsen hervor-

gerufen hat, wird verständlich, wenn man die beträchtlichen Aktien- und Obligationenpakete in Rechnung stellt, die der Konzern auf den Auslandsbörsen untergebracht hat. Es handelt sich um 360 Millionen Kronen Svenska-Aktien, um 76 Millionen Kreuger- und Toll-Aktien und 322 Millionen Kreuger- und Toll-Anleihen. Außerdem wurden 119 Millionen Grängensberg-Aktien (Erzgruben), fast 90 Millionen Standinaviska (Schwedische Finanzierungsbank von Kreuger und Toll) und fast 200 Millionen Mark des amerikanischen Zündholzkonzerns (Intern. Match Corp.) im Umfange an den Mann gebracht.

Der gesamte Börsenwert des im Schwedentrust zusammengefaßten Kapitals erreichte 1930 etwa 3 Milliarden Kronen.

Wie ein Wunder wirkt Zinsser-Saft!

Ich litt 20 Jahre an Arterienverkalkung, Magenbeschwerden und Herzleiden. Viele Mittel habe ich schon versucht, aber alles ohne Erfolg. Durch Zufall hörte ich von Zinsser-Knoblauchsaff, welchen ich auch gebrauchte. Schon nach Verbrauch der zweiten Flasche stellte sich bedeutende Besserung ein. Ich werde deshalb die Kur fortsetzen, denn ich fühle mich wieder wohl und kann meine Arbeit wieder verrichten.

Frankfurt a. M., Calbe.

Echtes bulgarischer Zinsser-Knoblauchsaff bewährt sich bei Arterienverkalkung, Rheumatismus, hohem Blutdruck, Herzbeschwerden, Asthma, Hämorrhoiden, Leber- und Gallenleiden und allen Stoffwechselstörungen. Außerdem bessert er das Allgemeinbefinden.

1 Flasche, für 3 Wochen ausreichend, kostet Mk. 3.—, 1 Versandflasche für eine Woche Mk. 1.—

In Apotheken und Drogerien zu haben. Nehmen Sie nur die Packung mit dem „Zinsser-Kopf“, dem Zeichen für Echtheit und Qualität.

Wenn Sie den echten Zinsser-Knoblauchsaff nicht bekommen können, dann geben Sie mir Ihre Bestellung direkt an.



Dr. Zinsser, & Co. G.m., Leipzig 75

30 000 Anerkennungen über Zinsser-Hausmittel.

